

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

Deutsche Konjunktur im Winter 2017

Abgeschlossen am 13. Dezember 2017



Nr. 38 (2017|Q4)

*Martin Ademmer, Jens Boysen-Hogrefe,
Salomon Fiedler, Dominik Groll, Nils Jannsen,
Stefan Kooths, Galina Potjagailo und
Ulrich Stolzenburg*

DEUTSCHE WIRTSCHAFT IN VOLLER FAHRT

*Martin Ademmer, Jens Boysen-Hogrefe, Salomon Fiedler, Dominik Groll,
Nils Jannsen, Stefan Kooths, Galina Potjagailo und Ulrich Stolzenburg*

Die deutsche Wirtschaft steht unter Volldampf. Im laufenden Jahr hat sich die konjunkturelle Dynamik noch einmal beschleunigt, und die Frühindikatoren sprechen dafür, dass die rasche Gangart auch im kommenden Jahr beibehalten wird. Wir erhöhen unsere Prognose für die Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts sowohl für das laufende als auch für das kommende Jahr um 0,3 Prozentpunkte auf 2,3 Prozent (2017) bzw. 2,5 Prozent (2018). Bei bereits deutlich über normal ausgelasteten Kapazitäten nähert sich die deutsche Wirtschaft damit in großen Schritten der Hochkonjunktur. Anspannungen zeigen sich zunehmend am Arbeitsmarkt. In der Folge dürften sich die Einkommenszuwächse der privaten Haushalte mehr und mehr aus Lohn-erhöhungen speisen, während sich der Beschäftigungsaufbau allmählich etwas verlangsamen dürfte. Die Inflation bleibt in der Tendenz aufwärts gerichtet und dürfte im Jahr 2019 bei 2 Prozent liegen. Der Aufschwung steht auf einem breiten Fundament. Die privaten Konsumausgaben werden aufgrund der hohen Einkommenszuwächse wohl weiter lebhaft expandieren. Der Bau-Boom wird sich angesichts der anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen fortsetzen, auch wenn Kapazitätsengpässe zu zunehmend steigenden Baupreisen führen werden. Die Exporte dürften durch den kräftigen Aufschwung der Weltwirtschaft weiter stimuliert werden. Schließlich mehren sich die Zeichen, dass die Unternehmen ihren Investitionsanreiz überwinden und die Unternehmensinvestitionen in Anbetracht der hohen Kapazitätsauslastung und der hervorragenden Geschäftsaussichten zu einem weiteren Standbein des Aufschwungs werden. Die konjunkturbedingt sprudelnden Steuereinnahmen führen zu hohen Budgetüberschüssen von rund 1,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Da die kräftigen Einnahmesteigerungen jedoch nur ein temporäres Phänomen sind und aufgrund des demografischen Wandels erhebliche haushaltspolitische Belastungen vor der Tür stehen, sind die Spielräume für zusätzliche Ausgaben eng begrenzt.

Kasten 1:

Deutliche Anzeichen für Anspannungen am Arbeitsmarkt (S. 11)

Kasten 2:

Schuldenbremse und „schwarze Null“: Derzeit gute Leitplanken für den Bundeshaushalt? (S. 14)

Kasten 3:

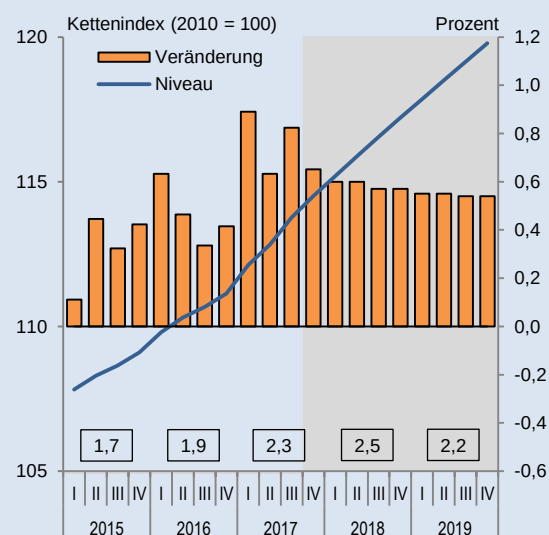
Regierungsbildung mit Hindernissen: Hemmt die Unsicherheit die deutsche Konjunktur? (S. 15)

Kasten 4:

Zur Prognose der deutschen Weltmarktanteile (S. 17)

Die Überauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten nimmt weiter zu. Stärker als in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres expandierte die deutsche Wirtschaft seit dem Eintritt in den Boom der Jahre 2006/2007 nur im Zuge der Aufholeffekte nach der Großen Rezession. Für das Gesamtjahr zeichnet sich ein Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um 2,3 Prozent ab (Abbildung 1; kalenderbereinigt: 2,6 Prozent). Damit heben wir unsere Prognose gegenüber dem Herbst um 0,3 Prozentpunkte an. Maßgeblich hierfür sind die jüngste amtliche Aufwärtsrevision für das erste Quartal und der noch etwas kräftiger als von uns erwartete Anstieg der ökonomischen Aktivität um 0,8 Prozent im dritten Quartal. Das Expansionstempo liegt damit deutlich über der Wachstumsrate der Produktionskapa-

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt 2015–2019



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

zitäten, sodass die ohnehin schon über dem Normalniveau liegende Auslastung weiter steigt. In dieselbe Richtung weisen auch die umfragebasierten Indikatoren zur Kapazitätsauslastung. So zogen die für das Verarbeitende Gewerbe erhobenen Werte zuletzt weiter spürbar an, und die Überauslastung ist dort nur noch ein Drittel vom Spitzenwert während der Hochkonjunktur im Jahr 2007 entfernt. Die Frühindikatoren sprechen dafür, dass sich die hohe konjunkturelle Dynamik fortsetzen wird. So befindet sich das Geschäftsklima auf historischen Höchstwerten und die Auftragseingänge aus dem In- und Ausland sind deutlich aufwärtsgerichtet. Vor diesem Hintergrund rechnen wir für das kommende Jahr – bei etwas geringerer unterjähriger Dynamik – mit einem abermals sehr kräftigen Anstieg der Wirtschaftsleistung um 2,5 Prozent (kalenderbereinigt: 2,6 Prozent). Wir erwarten, dass sich der Aufschwung auch noch im Jahr 2019 fortsetzen wird (Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um 2,2 Prozent), auch weil die Finanzierungsbedingungen weiter sehr günstig bleiben und die Konjunktur anregen werden. Die gesamtwirtschaftliche Überauslastung wird nach derzeitiger Schätzung damit bis zum Ende des Prognosezeitraums weiter zunehmen und voraussichtlich an die bisherigen Höchstwerte heranreichen. Die zyklisch bedingten Risiken für ein Ende der kräftigen Expansionsraten nehmen damit weiter zu.

Die Finanzierungsbedingungen bleiben sehr günstig, dürften sich aber nicht weiter verbessern.

Ausweislich des Bank Lending Survey vom Oktober lockerte eine Mehrzahl der Banken in Deutschland die Kreditrichtlinien und -bedingungen sowohl für Unternehmens- als auch für Wohnungsbaukredite weiter, während sie bei Konsumenten- und sonstigen Krediten an private Haushalte unverändert blieben. Als Grund für die vergünstigten Konditionen wurde insbesondere der Wettbewerbsdruck angegeben. Zudem gaben die Banken an, dass zuletzt vor allem die Nachfrage nach Unternehmens- sowie nach Konsumenten- und sonstigen Krediten zunahm. Sie gehen davon aus, dass sich dies fortsetzen wird und darüber hinaus auch bei den Wohnungsbaukrediten die Nachfrage steigen wird. Die Nominalzinsen blieben weiterhin sehr niedrig: im Oktober lagen sie für größere Unternehmensdarlehen bei 1,3 Prozent, für kleinere bei 2,6 Prozent und für Wohnungsbaukredite bei 1,7 Prozent. Auf den Kapitalmärkten rentierten Unternehmensanleihen mit über dreijähriger Restlaufzeit im November mit 1,6 Prozent, während Bundesanleihen ähnlicher Laufzeit 0,2 Prozent abwarfen. Wir rechnen damit, dass die Zinsen im Prognosezeitraum leicht steigen werden: Bundesanleihen neun- bis zehnjähriger Restlaufzeit, die derzeit mit rund 0,4 Prozent verzinst werden, dürften Ende 2019 eine Rendite von 0,8 Prozent aufweisen.

Tabelle 1:
Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2016–2019

	2016	2017	2018	2019
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,9	2,3	2,5	2,2
Bruttoinlandsprodukt, Deflator	1,3	1,5	1,7	2,1
Verbraucherpreise	0,5	1,7	1,7	2,0
Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept)	1,3	1,0	1,2	1,2
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	43 638	44 291	44 842	45 337
Arbeitslosenquote (Prozent)	6,1	5,7	5,3	5,1
<i>In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>				
Finanzierungssaldo des Staates	0,8	1,4	1,5	1,6
Schuldenstand	68,1	65,3	61,6	58,3
Leistungsbilanz	8,5	8,0	7,8	7,8

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Arbeitsproduktivität: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 2:
Statistische Zerlegung der Zuwachsrate des
Bruttoinlandsproduktes 2016–2019

	2016	2017	2018	2019
Ursprungswerte	1,9	2,3	2,5	2,2
Kalendereffekt (Prozentpunkte)	0,1	-0,3	0,0	0,0
kalenderbereinigt	1,9	2,6	2,6	2,3
Statistischer Überhang	0,6	0,6	1,1	0,9
Verlaufsrate	1,9	3,0	2,4	2,2

Preisbereinigt, in Prozent; Statistischer Überhang, Verlaufsrate: auf der Basis saison- und kalenderbereinigter Quartalswerte.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2 und Reihe 1.3*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

In der zweiten Jahreshälfte beschleunigte sich die Kreditexpansion etwas, insgesamt blieb ihr Tempo aber moderat. Im Oktober lag das Kreditvolumen des nichtfinanziellen Sektors 3,6 Prozent über dem Wert des Vorjahresmonats. Neben den Wohnungsbaukrediten, die um 4,2 Prozent zulegten, waren hierfür auch die Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen maßgeblich: Ihr Expansionstempo holte in den vergangenen Monaten gegenüber dem der Wohnungsbaukredite auf und betrug zuletzt ebenfalls 4,2 Prozent. Bei den Konsumenten- und sonstigen Krediten hingegen fiel der Anstieg mit 0,7 Prozent nach wie vor verhalten aus. Der Trend hin zur Kapitalmarktfinanzierung bei den nichtfinanziellen Unternehmen setzte sich fort; das Volumen der begebenen Anleihen stieg im Oktober im Vorjahresvergleich um 18,2 Prozent.

Beim Ausstieg aus den außergewöhnlichen geldpolitischen Maßnahmen wird sich die Europäische Zentralbank viel Zeit lassen. Die EZB kündigte an, auch im kommenden Jahr ihr Anleihekaufprogramm fortzusetzen, wenngleich der Umfang der Nettokäufe ab Januar reduziert werden wird. Bis mindestens September sollen so monatlich per Saldo Papiere für 30 Mrd. Euro erworben werden. Darüber hinaus will die EZB bis Ende 2019 ihre Haupt- und längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte im Modus der Vollzuteilung durchführen. Die Leitzinsen werden vorerst wohl auf ihren historisch niedrigen Niveaus verbleiben. Derzeit liegen der Haupt- und Spitzenrefinanzierungssatz bei 0 bzw. 0,25 Prozent, während der Einlagesatz - 0,4 Prozent beträgt. Mit einer ersten Zinserhö-

hung rechnen wir erst im späteren Verlauf des Jahres 2019.

Die Ausfuhren expandieren weiter lebhaft. Im vergangenen Quartal legten die Ausfuhren spürbar zu und expandierten damit das vierte Quartal in Folge mit einer recht kräftigen Rate. Die nominalen Warenausfuhren in den Euro-raum und nach Asien wurden deutlich ausgeweitet; in das übrige Europa und die Vereinigten Staaten waren hingegen Rückgänge zu verzeichnen – hierzu hat wohl auch die Aufwertung des Euro beigetragen. Zum Jahresende werden die Ausfuhren voraussichtlich merklich ausgeweitet werden, wenngleich in etwas geringerem Tempo als im Vorquartal. Zwar waren die Warenausfuhren im Spezialhandel zuletzt leicht rückläufig – hier dürfte ein Brückentageeffekt im Oktober vorübergehend gedämpft haben. Die vorliegenden Frühindikatoren zeichnen jedoch weiterhin ein sehr positives Bild. So erreichten zuletzt die Exporterwartungen der deutschen Unternehmen zum einen und die Produktionserwartungen in den deutschen Abnehmerländern zum anderen die höchsten Werte seit Beginn des Jahres 2011. Die Auftragseingänge der Industrie aus dem Ausland zogen seit dem Spätsommer spürbar an, wenngleich die Aufträge seitens des Euro-raums zuletzt leicht rückläufig waren. Im übrigen Prognosezeitraum dürften die Ausfuhren weiter merklich zunehmen, wenn auch in abnehmendem Tempo. Dies steht in Einklang mit der breit angelegten Expansion in den Absatzmärkten, die aber im Euroraum und den Vereinigten Staaten alsbald ihren Höhepunkt erreichen wird (Gern et al. 2017). Die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit im laufenden und im kommenden Jahr geht zu einem großen Teil auf die Aufwertung des effektiven Wechselkurses im laufenden Jahr und ein damit verbundenes hohes Niveau zum Jahresauftakt des kommenden Jahres zurück – im Quartalsverlauf dürfte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit jedoch leicht verbessern. Alles in allem werden die Ausfuhren im laufenden Jahr wohl um 4,3 Prozent zulegen und in den beiden kommenden Jahren um 5 Prozent und 4,7 Prozent.

Die Einfuhren legen mit höheren Raten zu als die Ausfuhren. Die Importe expandierten

im dritten Quartal in etwas schwächerem Tempo als im zweiten Quartal, in dem sie sehr deutlich zugenommen hatten. Zum Jahresende dürften sie wieder stärker ausgeweitet werden. So nahmen die von uns berechneten preisbereinigten Wareneinfuhren laut Spezialhandel im Oktober merklich zu; in nominaler Rechnung fiel die Zunahme noch deutlicher aus. Im weiteren Verlauf werden die Importe wohl mit der lebhaften Binnenkonjunktur und den kräftigen Ausfuhren weiter spürbar zulegen. Insgesamt rechnen wir mit Zuwachsraten der Importe von 4,8 Prozent im laufenden Jahr, 5,7 Prozent im Jahr 2018 und 5,5 Prozent im Jahr 2019. Im laufenden und im kommenden Jahr werden die Importe damit etwas weniger zum Zuwachs des Güteraufkommens beitragen, als von den Exporten zusätzlich absorbiert wird. Im Jahr 2019 halten sich die absoluten Veränderungen in den Handelsströmen die Waage.

Die Terms of Trade verschlechtern sich aufgrund des Ölpreisanstiegs zunächst. Nachdem die Terms of Trade sich im Sommerhalbjahr erstmals binnen Jahresfrist verbessert hatten, kommt es zum Jahresende mit der Verteuerung von Öl voraussichtlich erneut zu einer Verschlechterung, da die Importpreise in stärkerem Maße zulegen dürften als die Exportpreise. Insgesamt ergibt sich für das laufende Jahr eine Verschlechterung der Terms of Trade um 1,1 Prozent. Im übrigen Prognosezeitraum werden die Exportpreise hingegen wohl mit etwas höheren Raten expandieren als die Importpreise. Aufgrund des niedrigen Niveaus zu Jahresbeginn dürften sich die Terms of Trade im kommenden Jahr nur geringfügig verbessern (0,1 Prozent); für das Jahr 2019 rechnen wir mit einer Verbesserung um 0,4 Prozent.

Die hohe binnenwirtschaftliche Dynamik bleibt eine Stütze der Konjunktur. Die inländische Verwendung stieg im dritten Quartal mit 0,4 Prozent zwar nur verhalten. Sieht man von dem Beitrag der sehr schwankungsanfälligen Vorratsdispositionen ab, stagnierte die heimische Absorption sogar, während sie in den beiden Vorquartalen mit jeweils knapp 1 Prozent kräftig expandierte. Diese Schwäche zeigte sich vor allem bei den Konsumausgaben und den Bauinvestitionen, die leicht zurückgingen. Allerdings dürfte es sich dabei nur um

einen temporären Rücksetzer handeln. So spiegeln sich die ausgezeichneten Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven der privaten Haushalte weiterhin im guten Konsumklima wider. Die Bauwirtschaft boomt ohnehin bereits seit einiger Zeit, ohne dass die Frühindikatoren, wie Auftragseingänge oder Unternehmensbefragungen, auf ein rasches Ende hindeuten würden. Für eine weiterhin hohe binnenwirtschaftliche Dynamik sprechen auch Unternehmensbefragungen im Dienstleistungsbereich, deren Wertschöpfung stark von der heimischen Aktivität abhängt: Im historischen Vergleich beurteilen die Unternehmen (ausweislich Befragungen des DIHK sowie des ifo Instituts) ihre Geschäftsaussichten als äußerst günstig. Zudem mehren sich die Zeichen, dass die Unternehmen ihren Investitionsattentismus allmählich überwinden und die Unternehmensinvestitionen so zu einem weiteren Standbein des Aufschwungs werden. Alles in allem wird die inländische Verwendung voraussichtlich im gesamten Prognosezeitraum mit hohen Raten expandieren, da die stimulierenden Faktoren, wie die äußerst günstigen Finanzierungsbedingungen und die hohe Dynamik am Arbeitsmarkt, noch für geraume Zeit wirken werden. Für die Jahre 2017 bis 2019 rechnen wir mit ähnlich hohen Zuwachsraten wie im Jahr 2016 (rund 2,5 Prozent).

Die privaten Haushalte weiten ihren Konsum weiter lebhaft aus. Das Konsumklima ist bereits seit einiger Zeit sehr günstig. Der leichte Rückgang im dritten Quartal dürfte temporärer Natur sein, nachdem die privaten Konsumausgaben im ersten Halbjahr so kräftig expandierten wie seit 15 Jahren nicht mehr. So stiegen die verfügbaren Einkommen nur verhalten um 0,4 Prozent an und die Sparquote erhöhte sich saisonbereinigt um 0,2 Prozentpunkte auf 9,9 Prozent. Im Prognosezeitraum dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wieder in deutlich höherem Tempo zulegen, vor allem weil die Bruttolöhne und -gehälter mit jährlichen Zuwachsraten von rund 4,5 Prozent wohl weiter dynamisch steigen. Zudem dürfte es bei den Sozialbeiträgen und der Lohnsteuer zu Entlastungen seitens der Finanzpolitik kommen. Gleichwohl werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in den kommenden beiden Jahren wohl nicht ganz die

hohe Zuwachsrate des laufenden Jahres von rund 4 Prozent erreichen. Maßgeblich ist, dass die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte im laufenden Jahr in Anbetracht der Unternehmens- und Vermögenseinkommen insgesamt ungewöhnlich kräftig zulegen werden; darauf deuten die vorliegenden Quartalswerte hin. Für die kommenden beiden Jahre rechnen wir wieder mit einer langsameren Gangart. Etwas geschmälert werden die Kaufkraftzuwächse der privaten Haushalte durch die anziehende Verbraucherpreis-inflation. Vor diesem Hintergrund wird sich die Zuwachsrate der real verfügbaren Einkommen im Prognosezeitraum zwar voraussichtlich etwas verlangsamen, mit 1,9 Prozent im Jahr 2019 aber hoch bleiben. Für die Sparquote rechnen wir damit, dass sie nicht zuletzt aufgrund der anhaltend geringen Renditeaussichten in der Tendenz leicht zurückgehen wird. Im Jahr 2019 wird sie unserer Prognose zufolge bei 9,7 Prozent liegen. Alles in allem wird der private Konsum weiter lebhaft expandieren. Im laufenden Jahr wird er eine ähnlich hohe Zuwachsrate wie im Vorjahr von reichlich 2 Prozent aufweisen. In den Jahren 2018 und 2019 dürften die Zuwachsraten mit 1,7 Prozent etwas geringer ausfallen, aber dennoch im längerfristigen Vergleich recht hoch bleiben.

Der Bauboom geht weiter. Die Baubranche befindet sich in einer Boom-Phase. Zwar sind die Bauinvestitionen in früheren Jahren teils mit deutlich höheren Raten ausgeweitet worden. Allerdings operierten die Bauunternehmen im wiedervereinigten Deutschland ausweislich von Befragungen noch nie so eng an ihrer Kapazitätsgrenze wie derzeit und haben ihre Geschäftsaussichten noch nie als so günstig eingeschätzt. Die hohe Kapazitätsauslastung macht sich zunehmend bei den Baupreisen bemerkbar. So stieg der Deflator der Bauinvestitionen im dritten Quartal gegenüber dem Vorjahr um mehr als 3 Prozent und damit spürbar rascher als in den Jahren zuvor. Da die stimulierenden Faktoren, insbesondere die äußerst anregenden Finanzierungsbedingungen, der recht hohe Bedarf an Wohnraum sowie die hohen öffentlichen Einnahmenezuwächse, wohl im gesamten Prognosezeitraum wirken werden, dürften die Bauinvestitionen weiter kräftig ausgeweitet werden. Aufgrund der guten Ge-

schäftsaussichten werden die Bauunternehmen wohl ihre Kapazitäten allmählich erhöhen. Dies wird sich allerdings erst nach und nach bemerkbar machen, sodass die Baupreise voraussichtlich weiter anziehen werden.

Die Unternehmen überwinden ihren Investitionsattentismus. Die Unternehmensinvestitionen legten in den vergangenen Jahren in Anbetracht der recht hohen konjunkturellen Dynamik ungewöhnlich schwach zu. Zuletzt haben sich jedoch die Zeichen gemehrt, dass sie ihre Schwächephase nach und nach überwinden und Fahrt aufnehmen. Zum einen hat sich nach umfangreichen amtlichen Datenrevisionen im Herbst gezeigt, dass die Unternehmensinvestitionen in den vergangenen Jahren stärker gestiegen waren als zuvor ausgewiesen und sie sich bereits im Jahr 2016 beschleunigt hatten. Zum anderen planen die Unternehmen, ihre Investitionen stärker auszuweiten, wobei dem Erweiterungsmotiv eine zunehmend höhere Bedeutung zukommt (DIHK 2017; EIB 2017). Maßgeblich dürfte sein, dass die Geschäftsaussichten bei bereits deutlich über normal ausgelasteten Kapazitäten ausgesprochen günstig sind. Hinzu kommt, dass sich die sich insbesondere aus dem internationalen Umfeld ergebenden politischen Unsicherheiten verringert haben. Vor diesem Hintergrund dürften sich die Unternehmensinvestitionen im Prognosezeitraum beschleunigen und mit spürbar höheren Raten als im Jahr 2016 zulegen.

Die leichte Beschleunigung bei der Verbraucherpreis-inflation setzt sich fort. Im November lagen die Preise für Konsumgüter 1,8 Prozent über ihrem Vorjahreswert. Der Preisauftrieb hat somit weiter Bestand. Dazu trug zuletzt auch die Entwicklung am Ölmarkt bei: Ein Fass der Sorte Brent kostete im November rund 62 Dollar und war damit etwa 10 Dollar teurer als drei Monate zuvor. Insgesamt dürfte sich für das laufende Jahr eine Inflationsrate von 1,7 Prozent ergeben. Zwar werden im ersten Quartal 2018 Basiseffekte dämpfend auf die Zuwachsrate der Verbraucherpreise wirken, danach wird der zugrunde liegende Teuerungsdruck – Symptom einer steigenden Auslastung von Produktionskapazitäten – aber wohl wieder stärker zum Vorschein treten, sodass wir für die kommenden beiden Jahre insgesamt mit Inflationsraten von 1,7 bzw. 2,0 Prozent rechnen.

Die Effektivverdienste steigen stärker als die Tarifverdienste. Nach einem Zuwachs von 2,1 Prozent im laufenden Jahr werden sich die Tarifverdienste im kommenden und darauffolgenden Jahr voraussichtlich etwas beschleunigen (2,4 bzw. 2,6 Prozent). Zum einen dürften die Tarifpartner auf die gestiegene Preisdynamik reagieren, zum anderen auf die zunehmenden Stellenbesetzungsschwierigkeiten der Unternehmen. Aufgrund der langen und gestaffelten Laufzeiten der Tarifverträge dauert es allerdings einige Zeit, bis sich dies in den durchschnittlichen Tariflöhnen niederschlägt. Die Effektivverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) können hingegen deutlich schneller angepasst werden. Sie werden im laufenden Jahr voraussichtlich um 2,8 Prozent zulegen, und damit das vierte Jahr in Folge stärker als die Tarifverdienste. Zwar hat zur positiven Lohndrift auch die Einführung (2015) und Erhöhung (2017) des gesetzlichen Mindestlohns beigetragen. Zum größeren Teil dürfte die positive Lohndrift allerdings auf die zunehmenden Anspannungen am Arbeitsmarkt zurückzuführen sein (Kasten 1). Hierbei dürften nicht nur übertarifliche Zahlungen in tarifgebundenen Unternehmen eine Rolle spielen, sondern auch die Lohnentwicklung bei den nicht tarifgebundenen Unternehmen. Aufgrund der von uns prognostizierten steigenden Überauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten gehen wir davon aus, dass sich die Effektivverdienste weiter beschleunigen und nach 2,8 Prozent im laufenden Jahr mit 3,1 bzw. 3,3 Prozent auch in den kommenden beiden Jahren stärker als die Tarifverdienste steigen. Das Verhältnis von realen Lohnkosten zu Produktivität (reale Lohnstückkosten) bleibt im langjährigen Vergleich dennoch günstig, vor allem da die heimischen Preise (gemessen am Deflator des Bruttoinlandsprodukts) ebenfalls verstärkt anziehen. In der Folge werden von der Lohnkostenseite insgesamt weiterhin positive Impulse auf die Arbeitsnachfrage der Unternehmen ausgehen.

Das Tempo des Beschäftigungsaufbaus bleibt vorerst hoch. Im zweiten und dritten Quartal des laufenden Jahres stieg die Zahl der Erwerbstätigen mit durchschnittlich 136 000 Personen weiter spürbar. Die Frühindikatoren zur Arbeitsnachfrage deuten auch für die kom-

menden Monate auf einen kräftigen Beschäftigungsaufbau hin. Die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten offenen Stellen ist weiter gestiegen und ist so hoch wie zuletzt im Jahr 1970, und das ifo Beschäftigungsbarometer kletterte auf den höchsten Stand seit Erhebungsbeginn im Jahr 2002. Angesichts des sich fortsetzenden Aufschwungs, des weiterhin beschäftigungsfreundlichen Verhältnisses zwischen realen Lohnkosten und Produktivität sowie der Ausweitung des Arbeitskräfteangebots bleibt der Beschäftigungsaufbau auch in den kommenden beiden Jahren hoch. Allerdings führen die demografische Entwicklung und eine nachlassende Zuwanderung zu abnehmenden Zuwächsen beim Erwerbspersonenpotenzial, sodass einem weiteren kräftigen Beschäftigungsaufbau zunehmend Knappheiten beim Arbeitskräfteangebot entgegenstehen. Die Arbeitslosigkeit bleibt abwärtsgerichtet, wenngleich weiterhin in geringerem Ausmaß im Vergleich zum Beschäftigungsaufbau. Wir erwarten, dass die Arbeitslosenquote von jahresdurchschnittlich 5,7 Prozent im laufenden Jahr auf 5,4 Prozent im kommenden Jahr und 5,1 Prozent im darauffolgenden Jahr sinken wird.

Der Budgetüberschuss des Staates ist im laufenden Jahr spürbar gestiegen. Wir haben unsere Prognose für den Budgetsaldo des Jahres 2017 nochmals merklich angehoben. Maßgeblich ist hier vor allem, dass der öffentliche Konsum real wie nominal schwächer expandierte als von uns eingeschätzt. Die fluchtmigrationsbedingten Ausgaben sind etwas schneller als erwartet gesunken, und die Ausgaben für soziale Sachleistungen der Sozialversicherungen stiegen in einem geringeren Tempo. Zudem legten die Gewinnsteuereinnahmen weiter kräftig zu. Bemerkenswert ist, dass der Überschuss trotz einer umfangreichen Leistungsausweitung in der sozialen Pflegeversicherung und der Rückerstattung der Einnahmen aus der Kernbrennstoffsteuer deutlich zulegt. Wir erwarten nun einen Überschuss von 45 Mrd. Euro (1,4 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) nach 25,7 Mrd. Euro im Jahr 2016.

Die Ausgaben der öffentlichen Hand werden 2018 ähnlich stark steigen wie die Einnahmen. Trotz der weiterhin guten Konjunktur und dem Wegfall von Anrechnungsmöglichkeiten

bei der Körperschaftsteuer rechnen wir mit einem etwas geringeren Zuwachs bei den Steuereinnahmen, da wir nicht davon ausgehen, dass die über die gesamtwirtschaftliche Gewinnentwicklung deutlich hinausgehenden Steigerungsraten der Gewinnsteuern dauerhaft Bestand haben werden (Boysen-Hogrefe 2017: [IfW-Box 2017.10](#)). Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen werden ebenfalls weniger stark zulegen, da der Beitragssatz zur Rentenversicherung zum 1. Januar reduziert wird und einige gesetzliche Krankenkassen ihre Zusatzbeiträge reduzieren dürften. Die Ausgaben werden nicht zuletzt wegen deutlich steigender Zahlungen an die EU insgesamt etwas schneller expandieren als im Jahr 2017. Gemindert wird die Dynamik durch den Wegfall des recht hohen Ausgabenanstiegs bei Sozialen Sachleistungen nach der Pflegereform 2017. Mit einem stärkeren Plus rechnen wir hingegen bei den Investitionsausgaben. Steigende Baupreise und die gute Kassenlage vieler Kommunen sprechen für eine anhaltende Aufwärtstendenz. Der gesamtstaatliche Budgetsaldo dürfte leicht auf knapp 51 Mrd. Euro steigen.

Der Budgetüberschuss wird im Jahr 2019 konjunkturbedingt weiter ansteigen. Die Steuereinnahmen werden wohl ähnlich schnell steigen wie im Jahr 2018, wobei angesichts der höheren Preisdynamik ein stärkerer Zuwachs angelegt wäre; wir nehmen aber an, dass es zu einem Eingriff in den Einkommensteuertarif kommen wird, der wegen des Grundsatzes der Steuerfreiheit des Existenzminimums geboten ist. Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen dürften etwas deutlicher zulegen als im Jahr 2018, da die Beitragssätze wohl nicht nochmals sinken werden. Beschleunigt zunehmen werden wohl die Ausgaben für monetäre Sozialleistungen, insbesondere weil merkliche Rentenerhöhungen anstehen. Da nicht abermals mit einem deutlichen Schub bei den Zahlungen an die EU zu rechnen ist, dürften die Ausgaben insgesamt aber mit einem ähnlichen Tempo zulegen wie im Jahr zuvor. Alles in allem steigen die Einnahmen, getrieben von der guten Konjunktur, wohl etwas schneller als die Ausgaben, und der Budgetüberschuss dürfte auf 58 Mrd. Euro steigen (1,6 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt).

Der strukturelle Budgetsaldo steigt im laufenden Jahr stark an und wird im Verlauf sinken. Im Jahr 2017 dürfte der strukturelle Budgetsaldo um rund 10 Mrd. Euro auf 24 Mrd. Euro gestiegen sein.¹ Im Jahr 2018 wird er angesichts steigender Zahlungen an die EU und einer Rentenbeitragssatzsenkung auf 15 Mrd. Euro sinken. Der Anstieg des Budgetüberschuss ist somit rein konjunkturell begründet, ähnlich wie dann auch im Jahr 2019, in dem der strukturelle Budgetsaldo leicht auf 11 Mrd. Euro sinken wird.

Die schleppende Regierungsbildung sorgt für zusätzliche Unwägbarkeiten in der Prognose der öffentlichen Finanzen. Da derzeit nur eine geschäftsführende Regierung amtiert, dürften nur wenige Gesetze mit bedeutenden Haushaltswirkungen in Kraft treten. Angesichts der derzeitigen guten Kassenlage wäre erfahrungsgemäß mit eher expansiven Maßnahmen zu rechnen. Sollte die Regierungsbildung weitere Zeit in Anspruch nehmen, dürfte dies zunächst die Ausgabendynamik reduzieren. Allerdings ist angesichts der Wahlprogramme der Parteien damit zu rechnen, dass, sobald eine neue Regierung gewählt ist, mehrere Maßnahmen ergriffen werden, die mit Mehrausgaben und Mindereinnahmen verbunden sind (Boll et al. 2017). Der Umfang solcher Maßnahmen ist dabei freilich unklar, auch weil fraglich ist, welche haushaltspolitischen Ziele von der neuen Regierung zugrunde gelegt werden (Kasten 2).

Risiken und Wirtschaftspolitik

Der fortgesetzte und geldpolitisch ungebremste Expansionspfad der deutschen Wirtschaft geht mit Auf- und Abwärtsrisiken für die Prognose einher. Der ungewöhnlich langgestreckte Aufschwung in Deutschland geht in sein sechstes Jahr und vollzieht sich weiterhin in einer geldpolitischen Ausnahme-situation. Aus früheren Konjunkturzyklen be-

¹ Die für die Berechnung des strukturellen Budgetsaldos notwendige Produktionslücke basiert auf unserer Schätzung im Herbst, wobei folgende Modifikation vorgenommen wird: Die revidierten Werte zum Bruttoinlandsprodukt ex post wie ex ante werden hälftig dem Potenzial und hälftig der Produktionslücke zugeschlagen.

kannte Muster treten insgesamt weniger klar und nur in abgeflachter Form hervor. Auffällig ist insbesondere die bislang eher verhaltene Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen. Neben strukturellen Verschiebungen (etwa zwischen Software- und Hardwarebeschaffungen) dürften hierfür bislang auch Attentismuseffekte verantwortlich sein. Sollten sich diese noch kräftiger als von uns erwartet auflösen und die Unternehmensinvestitionen insgesamt mit Raten zulegen, die sie in früheren Aufschwungsphasen erreicht haben, würde die Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts höher ausfallen. Auch ist nicht auszuschließen, dass die weiterhin sehr expansiv ausgerichtete Geldpolitik im Zuge der konjunkturellen Erholung im Euro-Raum auch die deutsche Konjunktur noch kräftiger befeuert als in dieser Prognose unterstellt. Auf der Abwärtsseite bestehen neben den weltwirtschaftlichen Risiken (Gern et al. 2017) nicht zuletzt Risiken durch die zunehmenden Anspannungen am Arbeitsmarkt. Während die Expansion bislang von einem sehr elastischen Arbeitsangebot begleitet war, könnten die sich nun immer stärker abzeichnenden Knappheiten auch zu einem deutlich höheren Preisdruck führen als hier unterstellt.

Mit zunehmender Überauslastung steigt die Fallhöhe für die deutsche Konjunktur. Je weiter die ökonomische Aktivität über das Normalmaß hinaus expandiert, desto größer werden die zyklischen Risiken für einen spürbaren konjunkturellen Rückschlag. Grund hierfür ist, dass im Zuge der Hochkonjunktur Ressourcen in systematischer Weise fehlgeleitet zu werden drohen. Hierdurch bilden sich vermehrt Produktionsstrukturen heraus, die nicht dauerhaft marktfähig sind. Finanzwirtschaftliche Übertreibungen in Zeiten sehr expansiver Geldpolitik – insbesondere verzerrte Vermögenspreise – verstärken diesen Prozess. Die Bereinigung dieser Fehlentwicklungen geht dann typischerweise mit einer Anpassungsrezession einher, die umso härter ausfällt, je stärker sich der vorangegangene Boom ausprägen konnte.

Der konjunkturelle Ausblick steht unter dem Vorbehalt der wirtschaftspolitischen Beschlüsse des neu gewählten Bundestages. Da sich nach der Bundestagswahl noch keine neue Bundesregierung formiert hat, liegen bislang noch keine wesentlichen Beschlüsse vor, die insbesondere im Hinblick auf mögliche fiskalische Impulse Aufschluss geben könnten.

Mit Ausnahme von verfassungsmäßig gebotenen Anpassungen im Abgabenrecht bildet die vorliegende Prognose daher im Wesentlichen den finanzpolitischen Status quo ab. Angesichts der guten Kassenlage und rechtlicher Spielräume im Hinblick auf die Schuldenbremse sind daher Mehrausgaben bzw. Abgabensenkungen möglich, die die Konjunktur in Deutschland zusätzlich stimulieren könnten. Je nach Ausgestaltung würde dies stärker auf die Entwicklung der Volumina oder der Preise durchschlagen.

Die Verzögerung in der Regierungsbildung auf Bundesebene stellt als solche kein bedeutsames Konjunkturrisiko dar. Nach dem Abbruch der Sondierungsverhandlungen über eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und Bündnis90/Die Grünen verzögert sich die Regierungsbildung in Deutschland. Die damit verbundene Unsicherheit stellt für sich genommen indes kein konjunkturelles Abwärtsrisiko dar. So zeigen empirische Untersuchungen zu ähnlichen Vorgängen in anderen Ländern, dass eine Zunahme der politischen Unsicherheit nur dann die Wirtschaftsleistung hemmt, wenn damit zugleich der wirtschaftspolitische Kurs des Landes in fundamentaler Weise in Frage gestellt wäre (Kasten 3). Dies zeichnet sich bislang in Deutschland jedoch nicht ab.

Eine starke Regierung führt nicht notwendigerweise zu mehr politischer Stabilität. Die mögliche Bildung einer Minderheitsregierung auf Bundesebene wird in der öffentlichen Debatte oft mit politischer Instabilität gleichgesetzt. Demgegenüber sei eine starke Regierung – im Sinne einer Parteienkoalition, die sich rechnerisch auf die Mehrheit der Abgeordneten stützen kann – handlungsfähiger. Dies sagt für sich genommen aber noch nichts über die Politikunsicherheit aus. Zum einen bedürfen im föderalen deutschen System viele Vorhaben der Bundesregierung nicht nur der Zustimmung im Bundestag, sondern auch im Bundesrat. Von daher ist ein Kompromiss, der die Oppositionsparteien im Bund einbezieht, ohnehin geboten. Dies gilt insbesondere für große Reformvorhaben, die weit über die Legislaturperiode hinausreichen, etwa im Bereich der Rentenpolitik, für den traditionell ein breiter Konsens angestrebt wird. Auch grundlegende Veränderungen im europäischen Regelwerk würden kaum mit einfacher Regierungsmehrheit gegen den Widerstand der Opposition durchgesetzt. Zum anderen sind in den zurückliegenden Jahren weit-

reichende Entscheidungen getroffen worden, die sich aus den jeweiligen Koalitionsverträgen nicht vorhersehen ließen (Eurorettung, Energiewende, Flüchtlingspolitik).

Die kräftige konjunkturelle Dynamik sowie das Zwischenhoch beim Potenzialwachstum mahnen zum Maßhalten. Die sprudelnden Staatseinnahmen in Zeiten „guter“ Konjunktur verführen allzu leicht zu mangelnder Haushaltsdisziplin der öffentlichen Hand. Ein expansives Finanzgebaren des Staates läuft in Zeiten der Überauslastung jedoch unmittelbar dem makroökonomischen Stabilitätsziel zuwider. Hierüber besteht in den Wirtschaftswissenschaften ein breiter Konsens. Die Politik wäre daher gut beraten, nicht ihrerseits dazu beizutragen, die konjunkturellen Anspannungen zu befeuern, wie es bei einem Handeln nach Kassenlage der Fall wäre. Das bloße Einhalten der Schuldenbremse ist dabei noch kein Garant für eine stabilitätsgerechte Finanzpolitik. Zum einen haben sich im Haushaltswesen des Bundes Positionen angesammelt, die expansive Maßnahmen in erheblichem Umfang zulassen, ohne dass sich dies finanzstatistisch in den laufenden Budgetsalden niederschlagen würde. So sind auf dem Kontrollkonto der Schuldenbremse und in der Flüchtlingsrücklage Mittel im Umfang von insgesamt rund 40 Mrd. Euro aufgelaufen (Kasten 4). Diese Positionen lassen sich auflösen, ohne die Vorschriften der Schuldenbremse zu tangieren. Dies macht freilich für die ökonomische Wirkung keinen Unterschied – fiskalische Stimuli passen unabhängig von ihrer formalen Verbuchung nicht in die konjunkturelle Landschaft. Zum anderen führt ein demografisches Zwischenhoch dazu, dass für Deutschland derzeit die höchsten Potenzialwachstumsraten seit zwanzig Jahren ausgewiesen werden. Dieser Effekt wird aber mit dem Eintritt in das kommende Jahrzehnt rasch in sein Gegenteil umschwenken. Für die Zeit danach deuten sich aufgrund der Alterung der Bevölkerung deutlich niedrigere Wachstumsraten an. Diese bereits in naher Zukunft zu erwartende Wachstumsverlangsamung sollte eine stabilitätsgerechte Wirtschafts- und Finanzpolitik in vorausschauender Weise berücksichtigen. Hinzu kommt, dass die Konjunkturbereinigung der öffentlichen Haushalte anfällig ist für prozyklische Schätzfehler. Auch dies spricht dafür, die rechnerisch möglichen Haushaltsspiel-

räume, die die Schuldenbremse bietet, nicht auszureizen.²

Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sollte vor allem das Entschärfen der demografisch angelegten Verteilungskonflikte in den Blick nehmen. Die sich mittelfristig abzeichnende alterungsbedingte Wachstumsverlangsamung wird die Verteilungskonflikte in Deutschland verschärfen. Die demografische Alterung verringert nicht nur die gesamtwirtschaftliche Pro-Kopf-Produktion bezogen auf die Bevölkerung, sondern führt zugleich dazu, dass die Ansprüche an die öffentlichen Versorgungssysteme zunehmen (Gesetzliche Renten- und Krankenversicherung, Beamtenpensionen sowie sonstige Transferleistungen für Ältere). Zudem ist damit zu rechnen, dass der Alterungsprozess der Bevölkerung, der nicht nur eine deutsche, sondern eine globale Erscheinung ist, nach und nach auch das Kapitalangebot verknappt mit der Folge, dass die Zinsen steigen. Damit kehrt sich der zunächst zinsenkende Effekt um, der aus dem Vorsorgemotiv während der Ansparphase zunächst zu niedrigeren Zinsen führt. Damit werden die Zinsausgaben für die öffentlichen Haushalte wieder an Gewicht gewinnen. Für die Sozialpolitik gilt daher, die Leistungsversprechen danach zu bemessen, was längerfristig tragfähig ist, andernfalls verschärfen sich die ohnehin schon angelegten Verteilungskonflikte zwischen den Generationen noch. Parallel dazu können Anreize zur Erwerbsbeteiligung – insbesondere für Ältere – das Finanzierungsproblem der Altersversorgungssysteme lindern. Die Finanzpolitik kann insbesondere dadurch einen Beitrag leisten, dass sie die Staatsverschuldung gerade in Zeiten der Niedrigzinspolitik deutlich reduziert. Dies muss keineswegs auf Kosten der Investitionen gehen. Diese lassen sich auch durch Priorisierung (Umschichten auf der Ausgaben- und der Staatshaushalte) sowie durch eine investitionsfreundliche Regulierungspolitik (Anreize für private Investitionen) stärken.

² In ähnlicher Richtung argumentiert auch der Unabhängige Beirat des Stabilitätsrats in seiner jüngsten Stellungnahme (Unabhängiger Beirat 2017).

Kasten 1:

Deutliche Anzeichen für Anspannungen am Arbeitsmarkt

Die deutsche Wirtschaft expandiert bereits seit dem Jahr 2013 schneller, als ihr Produktionspotenzial wächst. Die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsfaktoren hat somit stetig zugenommen und liegt den meisten Schätzungen zufolge mittlerweile über der Normalauslastung. Einer der wichtigsten Produktionsfaktoren ist neben dem Kapitalstock der Faktor Arbeit, also das Produkt aus der Zahl der Erwerbstätigen und den geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen. Im Folgenden werden die wichtigsten Indikatoren für den Auslastungsgrad des Faktors Arbeit inspiziert. Alles in allem deuten die vorliegenden Indikatoren auf bereits spürbare Anspannungen am Arbeitsmarkt hin.

Die Zahl der Arbeitnehmer in konjunkturell bedingter **Kurzarbeit** bewegt sich seit Jahren auf sehr niedrigem Niveau. Eine merkliche Unterauslastung der beschäftigten Arbeitnehmer kann somit praktisch ausgeschlossen werden, zumal die Datenqualität der Kurzarbeiterstatistik vergleichsweise hoch ist, da Unternehmen Kurzarbeit anzeigen müssen, damit die betroffenen Beschäftigten Kurzarbeitergeld erhalten.

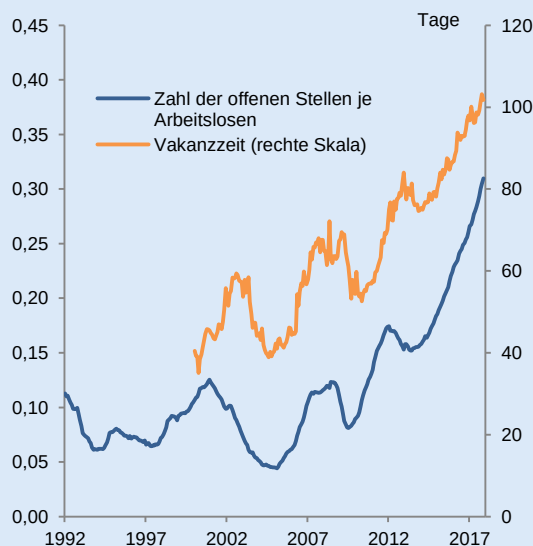
Sowohl die Zahl der geleisteten **Überstunden** als auch die Saldenveränderung auf **Arbeitszeitkonten** laut Arbeitszeitrechnung des Instituts für Arbeitszeit- und Berufsforschung (IAB) bewegen sich am aktuellen Rand eher unauffällig und deuten somit weder auf eine spürbare Unter- noch Überauslastung der beschäftigten Arbeitnehmer hin. Hier ist allerdings zu beachten, dass die Hauptdatenquellen für Überstunden und Arbeitszeitkonten das Sozio-oekonomische Panel sowie der Mikrozensus sind, die erst mit erheblicher Zeitverzögerung zur Verfügung stehen. Die Werte für das laufende Jahr sind daher Schätzungen, die noch mit erheblicher Unsicherheit behaftet sind (Wanger et al. 2014).^a

Die **Zahl der offenen Stellen je Arbeitslosen** erreicht seit drei Jahren jeden Monat neue gesamtdeutsche Höchststände (Abbildung K1-1).^b Für Unternehmen ist es somit immer schwieriger geworden, in einem gegebenen Zeitraum offenen Stellen zu besetzen. Zwar sind den Arbeitsagenturen schätzungsweise nur die Hälfte aller offenen Stellen bekannt, aber auch das vom IAB per repräsentativer Betriebsbefragung erhobene Stellenangebot liegt aktuell auf dem höchsten Stand seit 2010 (Vergleiche mit Zeiträumen davor sind aufgrund von Verfahrensänderungen nur eingeschränkt möglich). Auf gestiegene Stellenbesetzungsschwierigkeiten für Unternehmen deutet auch die **Vakanzzzeit** abgemeldeter Arbeitsstellen hin. Mittlerweile vergehen 102 Tage vom gewünschten Besetzungstermin bis zur Abmeldung der Stelle; im Jahr 2000 vergingen nur rund 40 Tage.

Der **Faktor Arbeit als Produktionshindernis** hat laut Unternehmensbefragungen stark an Bedeutung gewonnen. Die Zahl der Unternehmen, die den Faktor Arbeit zu den wichtigsten Faktoren zählen, die ihre Produktion beeinträchtigen, ist mittlerweile auf Rekordniveau gestiegen (Abbildung K1-2). Dies gilt nicht nur für den Bau, sondern auch für das Verarbeitende Gewerbe und für den Dienstleistungssektor. Außergewöhnlich ist zudem, dass im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor der Faktor Arbeit mittlerweile am häufigsten als limitierender Faktor genannt wird, vor Nachfragemangel, Finanzierungsschwierigkeiten und Ausrüstungen, was seit Erhebungsbeginn (1985 bzw. 2003) noch nie vorkam. Im Bau wird lediglich das Wetter als wichtigerer limitierender Faktor empfunden, welches in dieser Branche traditionell eine hohe Bedeutung hat. Ein

Abbildung K1-1:

Zahl der offenen Stellen je Arbeitslosen und Vakanzzzeit 1992–2017



Monatsdaten; saisonbereinigt bzw. saison- und kalenderbereinigt. Vakanzzzeit: Dauer vom gewünschtem Besetzungstermin der Arbeitsstelle bis zur Abmeldung der Arbeitsstelle in Tagen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Statistik der Bundesagentur für Arbeit, *Saisonbereinigte Zeitreihen*; eigene Berechnungen.

ähnliches Bild ergibt die DIHK-Konjunkturumfrage. Hier wird derzeit **Fachkräftemangel** am häufigsten **als eines der größten Risiken** bei der wirtschaftlichen Entwicklung des eigenen Unternehmens genannt, vor Inlandsnachfrage, Finanzierung, Energie- und Rohstoffpreise, Arbeitskosten, Wechselkurs und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen (DIHK 2017). Dies ist ebenfalls seit Erhebung dieser Frage (2010) ein Novum.

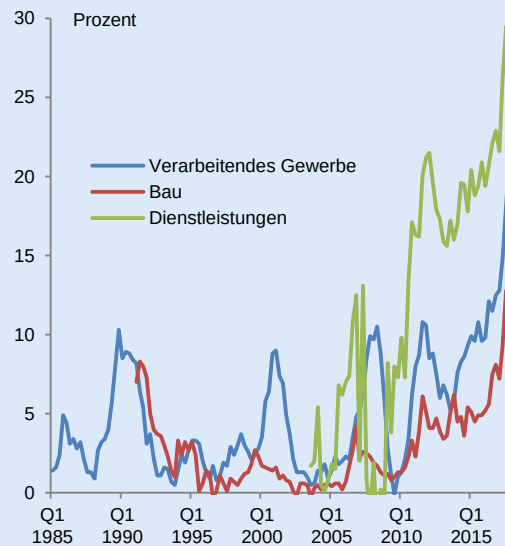
Die **Differenz zwischen tatsächlicher und struktureller Erwerbslosenquote** ist ebenfalls ein Indikator für Anspannungen am Arbeitsmarkt. Liegt die tatsächliche Erwerbslosenquote unterhalb der strukturellen Erwerbslosenquote (NAWRU), wäre dies ein Hinweis auf eine Überauslastung des Faktors Arbeit. Legt man die jüngste NAWRU-Schätzung des IfW zugrunde (Ademmer et al. 2017), liegt die tatsächliche Erwerbslosenquote am aktuellen Rand nur geringfügig unterhalb der NAWRU. Hier besteht allerdings eine sehr große Schätzunsicherheit, viel größer als z.B. bei den konjunkturellen Komponenten der Arbeitszeit (Überstunden bzw. Arbeitszeitkonten), da die NAWRU selbst ex post nicht beobachtet werden kann und geschätzt werden muss. Diese Schätzungen unterliegen daher erfahrungsgemäß spürbaren Revisionen, die zudem methodisch bedingt prozyklisch am jeweils aktuellen Rand sind. In einer längeren Phase sinkender Erwerbslosigkeit, wie derzeit in Deutschland, wird die NAWRU daher tendenziell als zu niedrig geschätzt und damit das Unterschreiten der tatsächlichen Erwerbslosenquote als zu gering ausgewiesen.^c

Nicht zuletzt dürften sich Anspannungen am Arbeitsmarkt in der allgemeinen **Lohnentwicklung** widerspiegeln. Die Effektivverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) steigen bereits seit dem Jahr 2010 mit Raten, die über dem gesamtdeutschen Durchschnitt (2,1 Prozent) liegen. In den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres lag der Anstieg im Durchschnitt bei 2,8 Prozent. Auch die realen Effektivverdienste (Effektivverdienste deflationiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts) sind seit dem Jahr 2010 mit Ausnahme des Jahres 2013 mit überdurchschnittlichen Raten gestiegen. Die Aussagekraft solcher langjährigen Vergleiche bezüglich des Auslastungsgrads des Faktors Arbeit ist allerdings durch strukturelle Veränderungen am Arbeitsmarkt etwas eingeschränkt. Hier sind insbesondere die strukturell bedingte Lohnmoderation während der 2000er Jahre sowie der verlangsamte Anstieg der Teilzeitquote von Bedeutung.

Ein Indikator für Anspannungen am Arbeitsmarkt, bei dem die Lohnmoderation weniger stark ins Gewicht fällt, ist die Differenz zwischen dem Anstieg der Effektivverdienste und der Tarifverdienste (**Lohndrift**). Tarifverträge sind durch feste Laufzeiten von üblicherweise ein bis zwei Jahren gekennzeichnet und darüber hinaus zwischen den Branchen gestaffelt. Zum einen dürfte dies dazu führen, dass in tarifgebundenen Unternehmen die Verdienste später auf die Konjunktur reagieren als in nicht-tarifgebundenen Unternehmen. Zum anderen können tarifgebundene Unternehmen vom Tarifvertrag abweichen, indem sie in guten konjunkturellen Phasen übertarifliche Zahlungen leisten und in schlechten konjunkturellen Phasen auf tariflichen Öffnungsklauseln zurückgreifen. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene dürften die Tarifverdienste damit langsamer auf konjunkturelle Veränderungen reagieren als die Effektivverdienste, so dass sich die Lohndrift prozyklisch verhalten sollte.

Die Lohndrift ist allerdings durch den trendmäßigen Rückgang der Arbeitszeit seit Anfang der 1990er Jahre beeinflusst, der auf den Anstieg der Teilzeitquote zurückzuführen ist. Dieser Kompositionseffekt dämpft für sich genommen den Anstieg der Effektivverdienste pro Kopf, jedoch nicht den der Tarifverdienste, da sich diese auf eine repräsentative Lohngruppe in jeder Branche beziehen. In den 2000er Jahren haben sich der Anstieg der Teilzeitquote und damit der trendmäßige Rückgang der Arbeitszeit spürbar verlangsamt, so dass der Anstieg der Effektivverdienste und damit die Lohndrift nun systematisch größer ausfallen. Um diesem strukturellen

Abbildung K1-2:
Faktor Arbeit als Produktionshindernis 1985–2017



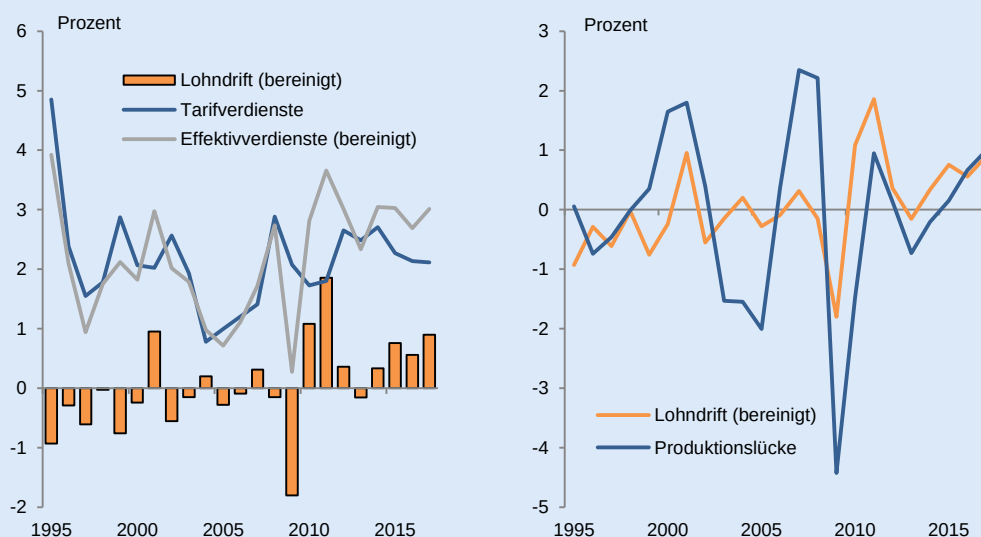
Quartalsdaten: saisonbereinigt. Dienstleistungen: ohne Handel.

Quelle: Europäische Kommission, *European Business Survey*.

Kompositionseffekt Rechnung zu tragen, ziehen wir von der Veränderung der Effektivverdienste die Veränderung der trendmäßigen Arbeitszeit ab und berechnen damit eine bereinigte Lohn-drift.^d

Es zeigt sich, dass die bereinigten Effektivverdienste seit dem Jahr 2010 mit Ausnahme des Jahres 2013 stärker gestiegen sind als die Tarifverdienste (Abbildung K1-3, links). Im laufenden Jahr zeichnet sich eine bereinigte Lohn-drift von 0,9 Prozentpunkten ab; seit der Wiedervereinigung gab es nur drei Jahre mit höheren Werten. Vergleicht man die zeitliche Entwicklung der bereinigten Lohn-drift mit der der Produktionslücke, zeigt sich ein positiver Zusammenhang (Abbildung K1-3, rechts).^e So auch am aktuellen Rand: Die seit 2013 zunehmende Produktionslücke ging in der Tendenz mit einer steigenden Lohn-drift einher. Zwar dürfte die Einführung des Mindestlohns die Lohn-drift im Jahr 2015 etwas nach oben verzerrt haben (die Erhöhung des Mindestlohns im laufenden Jahr dürfte einen nur sehr geringen Effekt haben). Dies ändert jedoch nichts an dem Befund einer gestiegenen und mittlerweile spürbar positiven Lohn-drift.

Abbildung K1-3:
Lohn-drift und Produktionslücke 1995–2017



Jahresdaten. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. Effektivverdienste (bereinigt): Veränderung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer abzüglich der Veränderung des Trends des Arbeitsvolumens je Arbeitnehmer (entspricht Hodrick-Prescott-Filter 1991–2017 mit $\lambda=100$). Lohn-drift (bereinigt): Differenz zwischen der Veränderung der Effektivverdienste (bereinigt) und der Veränderung der Tarifverdienste. Werte für 2017: Durchschnitt der ersten drei Quartale. Produktionslücke: Differenz zwischen Bruttoinlandsprodukt und Produktionspotenzial (IfW-Schätzung laut Ademmer et al. 2017).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Tarifverdienststatistik*; eigene Berechnungen.

^aDiese Schätzungen beruhen auf Konjunkturindikatoren wie dem Bruttoinlandsprodukt, der Produktion und den Auftragseingängen im Verarbeitenden Gewerbe, den Erwerbstätigen, den registrierten Arbeitslosen, der Konsumneigung, dem ifo Geschäftsklima, dem ifo Beschäftigungsbarometer sowie dem realen Arbeitnehmerentgelt pro Kopf. Da die meisten dieser Indikatoren bereits seit einiger Zeit eine hohe konjunkturelle Dynamik anzeigen, ist es insofern etwas überraschend, dass sich dies noch nicht in den konjunkturellen Komponenten der Arbeitszeit niedergeschlagen hat. — ^bDieses Verhältnis wird in der Fachliteratur als „labor market tightness“ bezeichnet und spielt in Search-and-matching-Modellen eine herausragende Rolle bei der Modellierung des Arbeitsmarkts (Pissarides 1990). — ^cUm die Prozyklizität von NAWRU-Schätzungen am jeweils aktuellen Rand zu verringern, verwendet die Europäische Kommission und auch das IfW seit diesem Jahr das sogenannte Anker-Verfahren, was das Problem zwar mindert, aber nicht gänzlich beheben kann (Hristov et al. 2017). — ^dDer Trend des Arbeitsvolumens je Arbeitnehmer wird berechnet mittels Hodrick-Prescott-Filter mit $\lambda=100$ über den Zeitraum 1991 bis 2017, wobei der Wert für 2017 der Fortschreibung des Werts für 2016 mit der durchschnittlichen Vorjahresrate der ersten drei Quartale 2017 entspricht. — ^eDer Korrelationskoeffizient im Zeitraum 1992 bis 2017 beträgt 0,5.

Kasten 2:**Schuldenbremse und „schwarze Null“: Derzeit gute Leitplanken für den Bundeshaushalt?**

Die Einhaltung der Schuldenbremse ist per Verfassung geboten. Zugleich wird häufig als zweites, zusätzliches Haushaltsziel die „schwarze Null“ genannt. Sie gilt als das „strikttere“ Haushaltsziel, da im Rahmen der Schuldenbremse eine strukturelle Nettoneuverschuldung von 0,35 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt erlaubt ist. Da diese Größe auf das Vorjahr der Haushaltsaufstellung bezogen wird, wären dies rund 11 Mrd. Euro im Jahr 2018. Allerdings wurde bei der maßgeblichen Schätzung des Produktionspotenzials der Bundesregierung eine Konjunkturkomponente von 4,5 Mrd. Euro für das Jahr 2018 geschätzt, die in Abzug gebracht werden muss. Ferner ist das „Konjunktur-Update“, das im sogenannten konditionalen Verfahren der Schuldenbremse bei neuen Zahlen zum BIP angewandt wird, zu berücksichtigen. Legt man hier die Prognose des IfW zugrunde, würde sich die Konjunkturkomponente in etwa verdoppeln. Der Nettoneuverschuldungsspielraum betrüge nur noch etwa 2 Mrd. Euro – kaum unterscheidbar von der Forderung der „schwarzen Null“. Für die Jahre 2019 und 2020 dürften die Konjunkturkomponenten eher höher ausfallen, so dass die Forderung nach der „schwarzen Null“ und die Einhaltung der Schuldenbremse nahezu im Gleichklang wären, sofern der derzeitige positive Saldo des Kontrollkontos der Schuldenbremse nicht in Anspruch genommen wird.^a Das Kontrollkonto ist mit 11 Mrd. Euro im Plus, die sich aus der Abrechnung des Jahres 2016 ergeben haben.^b Falls auch das Haushaltsjahr 2017 mit einer „schwarzen Null“ abgeschlossen wird, wird das Plus des Kontrollkontos weiter auf knapp 20 Mrd. Euro zulegen, da die zulässige Nettoneuverschuldung abzüglich der Konjunkturkomponente abermals unterschritten wird.

Lässt man das Kontrollkonto außer Acht, wären die haushaltspolitischen Ziele Schuldenbremse und „schwarze Null“ in den kommenden Jahren folglich nahezu deckungsgleich, da die Konjunkturkomponente die strukturell zulässige Nettoneuverschuldung wohl kompensieren würde. Sofern der positive Saldo des Kontrollkontos in den kommenden Jahren aufgebraucht werden würde, wären entsprechende zusätzliche Spielräume zur Nettoneuverschuldung jenseits der „schwarzen Null“ gegeben.^c

Auch ohne Antasten des Kontrollkontos, also unter der Maßgabe der „schwarzen Null“, sind in den kommenden Jahren Defizite des Bundes im laufenden Haushalt „erlaubt“. Die „schwarze Null“ bezieht sich landläufig auf den Haushaltsabschluss in der Finanzstatistik, der auch Bezugsgröße für die Schuldenbremse ist. In den Jahren 2015 und 2016 war der Bundeshaushalt laut Kasse und laut VGR deutlich im Überschuss. Bei Haushaltsabschluss war der Bundeshaushalt in beiden Jahren aber in etwa ausgeglichen, da aus den Kassenüberschüssen entsprechende Rücklagen gebildet wurden („Flüchtlingsrücklage“). Diese beliefen sich Ende 2016 auf rund 20 Mrd. Euro und dürfte mit Haushaltsabschluss des Jahres 2017 kaum sinken.

Sofern Rücklagen (und zudem positive Salden auf dem Kontrollkonto) bestehen, lassen sich aus dem Einhalten der Schuldenbremse oder dem Erreichen der schwarzen Null im Haushaltsabschluss kaum Aussagen über die Ausrichtung der Finanzpolitik des Bundes ableiten. Ein Auflösen von Rücklagen würde es nämlich ermöglichen, laufende Defizite in der Kasse auszugleichen ohne mit der Schuldenbremse oder der „schwarzen Null“ in Konflikt zu geraten. Folglich hat der Bund in den kommenden Jahren entsprechende Nettoneuverschuldungsspielräume. Im Rechnungssystem der VGR und in der Kasse würden sich diese Defizite jedoch niederschlagen – ebenso in der Konjunktur. Angesichts der derzeitigen konjunkturellen Überauslastung, bei der ein zusätzlicher Fiskalimpuls eher destabilisierend wirken dürfte, und der mit Blick auf den demografischen Wandel und der anstehenden Zinswende mittel- bis langfristig bevorstehenden Belastungen der öffentlichen Haushalte ist aber von einem Ausschöpfen solcher Spielräume abzuraten. Vielmehr sollte die Finanzpolitik gehalten sein, den strukturellen Finanzierungssaldo, wie er im Rahmen der VGR ermittelt wird, zu stabilisieren.

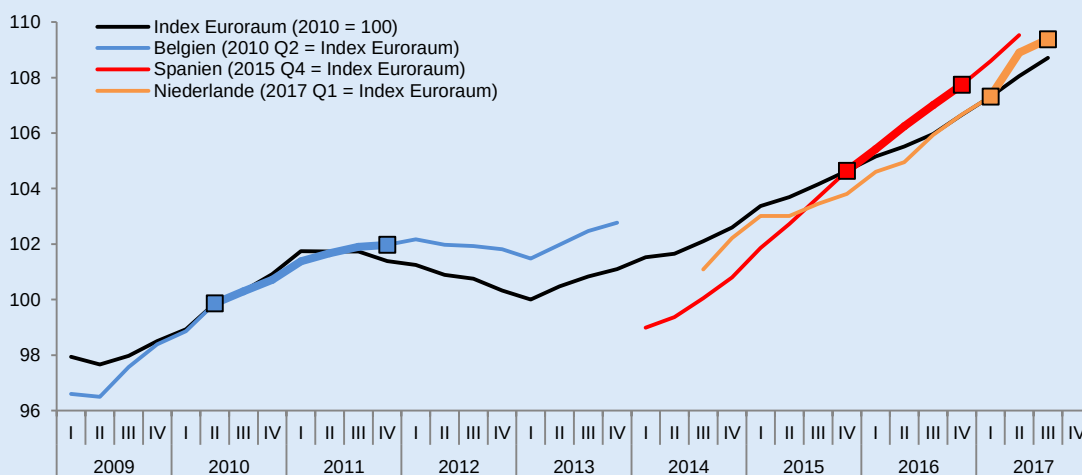
^aAn dieser Stelle wird vom Einfluss finanzieller Transaktionen, die im Konzept der Schuldenbremse herausgerechnet werden, abgesehen. — ^bDer Betrag von 119,8 Mrd. Euro, den das Kontrollkonto zum Jahr 2015 aufwies und der sich in den Übergangsjahren wegen des Unterschreitens des Abbaupfades ergeben hatte, wurde durch eine Änderung des entsprechenden Ausführungsgesetzes über den Abbaupfad gestrichen. Dadurch wurden die Nettoneuverschuldungsmöglichkeiten des Bundes entsprechend eingeschränkt. — ^cDas Bundesfinanzministerium weist zwar daraufhin, dass positive Salden auf dem Kontrollkonto nicht als Guthaben für die Aufnahme von zusätzlichen Nettokrediten interpretiert werden sollen, doch bleibt die Frage, warum dann kumulierte positive Abweichungen überhaupt im Kontrollkonto vermerkt werden.

Kasten 3:**Regierungsbildung mit Hindernissen: Hemmt die Unsicherheit die deutsche Konjunktur?**

In jüngerer Zeit haben verschiedene Studien einen negativen Einfluss politischer Unsicherheit auf die wirtschaftliche Aktivität identifiziert (z.B. Baker et al. 2016). Die in diesem Zusammenhang typischerweise verwendeten Indikatoren – z.B. die Häufigkeit bestimmter Begriffe in wichtigen Tageszeitungen – dürften allerdings fehleranfällig sein und nicht jede Art von politischer Unsicherheit qualitativ wie quantitativ in geeigneter Weise erfassen. Daher sollte nicht ausschließlich anhand solcher Indikatoren diskutiert werden, ob einzelne Episoden mit einem für die wirtschaftliche Aktivität schädlichen Maß an politischer Unsicherheit einhergehen.

Angesichts des Abbruchs der Jamaika-Sondierungen verlängert sich in Deutschland die Phase, in der lediglich eine geschäftsführende Bundesregierung im Amt ist. Damit stellt sich die Frage, ob die hierdurch entstandene politische Unsicherheit zu einer Dämpfung der Wirtschaftsleistung führt. Zur Beantwortung dieser Frage werden vergleichbare Episoden europäischer Nachbarstaaten in den Blick genommen. Längere Phasen einer Regierungsbildung, in denen nur eine geschäftsführende Regierung im Amt war, hat es in den vergangenen Jahren auch in anderen Ländern des Euroraums gegeben:

- In Belgien endete im Dezember 2011 eine Phase von 541 Tagen ohne amtierende Regierung. Die Produktion konnte während dieser Episode zwar nur moderat zulegen, doch traf dies auch für den gesamten Euroraum und für den Nachbarn Niederlande zu: In der „regierungslosen Zeit“ (viertes Quartal 2011 im Vergleich zum 2. Quartal 2010) nahm das Bruttoinlandsprodukt in Belgien um gut 2 Prozent zu, im Euroraum und in den Niederlanden um rund 1,5 Prozent (Abbildung K3-1).
- In Spanien ist das Bruttoinlandsprodukt in 315 Tagen ohne amtierende Regierung zwischen Dezember 2015 und Oktober 2016 ebenfalls stärker gestiegen als im Euroraum insgesamt (knapp 3 zu knapp 2 Prozent), und es war keine Verlangsamung der bis dato kräftigen Erholung der spanischen Volkswirtschaft zu erkennen.
- Die jüngste Episode betrifft die Niederlande, wo es im Oktober 2017 nach 225 Tagen zu einer Regierungsbildung kam. Hier gab es ebenfalls einen überproportional starken Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (insbesondere im zweiten Quartal 2017), somit gibt auch dieser Fall keine Evidenz her, dass die entstandene Unsicherheit bei Ausbleiben einer schnellen Regierungsbildung die wirtschaftliche Dynamik negativ beeinflusst hat.

Abbildung K3-1:**Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Phasen verzögerter Regierungsbildung 2009–2017**

Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt.

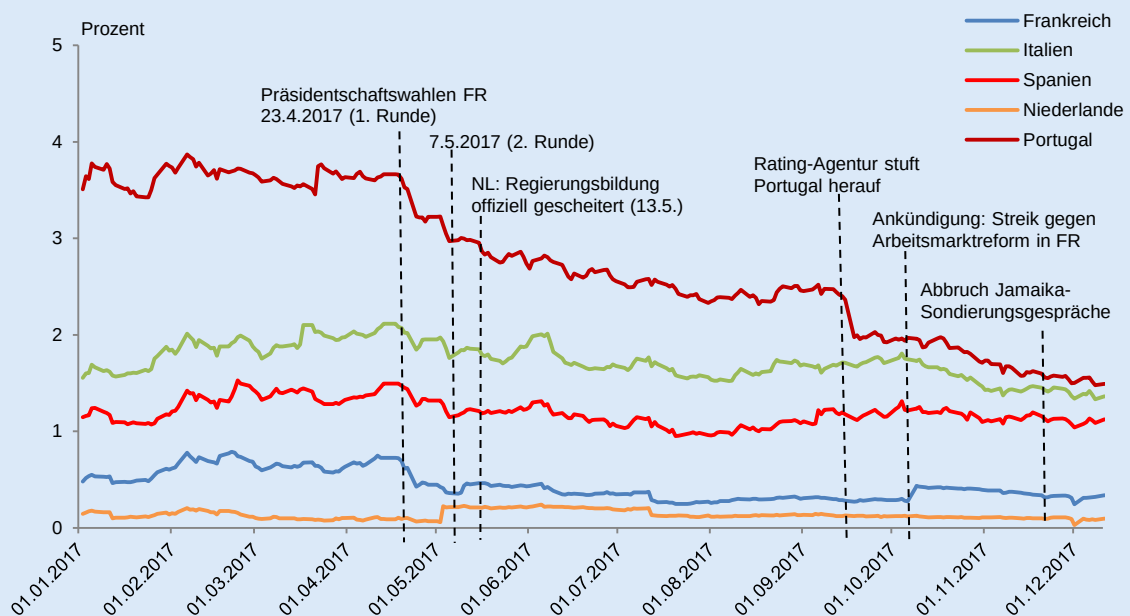
Quelle: Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; eigene Berechnungen.

Phasen mit längerer Regierungsbildung scheinen somit nicht unbedingt die Art von politischer Unsicherheit darzustellen, welche die wirtschaftliche Aktivität hemmen. Dies ist vielmehr der Fall, wenn z.B. ausgehend von einer Wahl das Risiko besteht, dass es zu einem erheblichen wirtschaftspolitischen Kursschwenk kommt, der weite Teile der Wirtschaftsverfassung zur Disposition stellen würde. In einer solchen Situation reagieren die wirtschaftenden Akteure unmittelbar, mit der möglichen Folge negativer realwirtschaftlicher Auswirkungen.

Beispielsweise ergab sich in Griechenland bereits im Herbst 2014 angesichts der Parlamentswahl (vom Januar 2015) eine deutliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Stimmung, als sich ein Wahlsieg der Syriza-Partei abzeichnete. Erwartet wurde damals unter anderem, dass im Falle eines solchen Wahlausgangs die Kooperation der griechischen Regierung mit den Gläubigerstaaten zur Disposition stehen könnte und als Folge ein Austritt Griechenlands aus der Währungsunion wahrscheinlicher würde (Boysen-Hogrefe und Stolzenburg 2015). In dieser Phase trübten sich die konjunkturellen Aussichten nach einer zuvor aufkeimenden Erholung spürbar ein, und Griechenland fiel zurück in die Rezession.

Auch Finanzmärkte reagieren auf politische Instabilität und Risiken. So waren im Vorfeld des Brexit-Referendums und danach zahlreiche Indikatoren für Finanzstress erhöht. Eine spürbare Abschwächung der konjunkturellen Dynamik wurde allerdings erst einige Monate nach der Abstimmung sichtbar. Ein weiteres Beispiel sind die Risikoaufläge bei französischen Staatsanleihen, die sich in Anbetracht der politischen Konstellation im Frühjahr des laufenden Jahres zeitweilig erhöht hatten. In den Wochen vor der ersten Runde der französischen Präsidentschaftswahl (23.5.2017) zeichnete sich ein knapper Ausgang zwischen vier etwa gleichstarken Lagern ab, wobei zwei Kandidaten der politischen Ränder (Le Pen und Mélenchon) die erste Runde hätten überstehen können. Nachdem jedoch der heutige Präsident Macron in die Stichwahl gelangte, wurde die Präsidentschaft eines extremen Kandidaten deutlich unwahrscheinlicher eingeschätzt, und somit gingen die Risikoaufläge wieder auf Normalmaß zurück (Abbildung K3-2). Auch die Risikoaufläge Portugals, Spaniens und Italiens gingen nach der ersten Wahlrunde zurück, was darauf hindeutet, dass eine mögliche Präsidentschaft z.B. Le Pens auch für andere Länder als Stabilitätsrisiko bewertet worden war. Erkennbare negative Auswirkungen auf die Entwicklung des französischen Bruttoinlandsprodukts gab es in dieser Phase der Unsicherheit aber nicht.

Abbildung K3-2:
Zinsaufschlag gegenüber Deutschland 2017



Tagesdaten, Renditedifferenz von Staatsanleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit gegenüber Deutschland.

Quelle: Thomson Reuters Datastream.

Bezogen auf die politische Situation in Deutschland führt die ungewöhnlich lange Phase der Regierungsbildung nicht zu einer Form der politischen Unsicherheit, die die wirtschaftliche Aktivität ernsthaft belasten dürfte. Denn derzeit besteht keine realistische politische Option, die eine gravierende Änderung der wirtschaftspolitischen Ausrichtung beinhalten würde. Die Finanzmärkte haben bislang auch nicht erkennbar auf das jüngste Scheitern der Sondierungsgespräche reagiert, die Renditen deutscher Staatsanleihen und Aktienpreise verliefen unauffällig. Insgesamt erwarten wir daher nicht, dass die deutsche Wirtschaft aufgrund der verzögerten Regierungsbildung aus dem Tritt gerät.

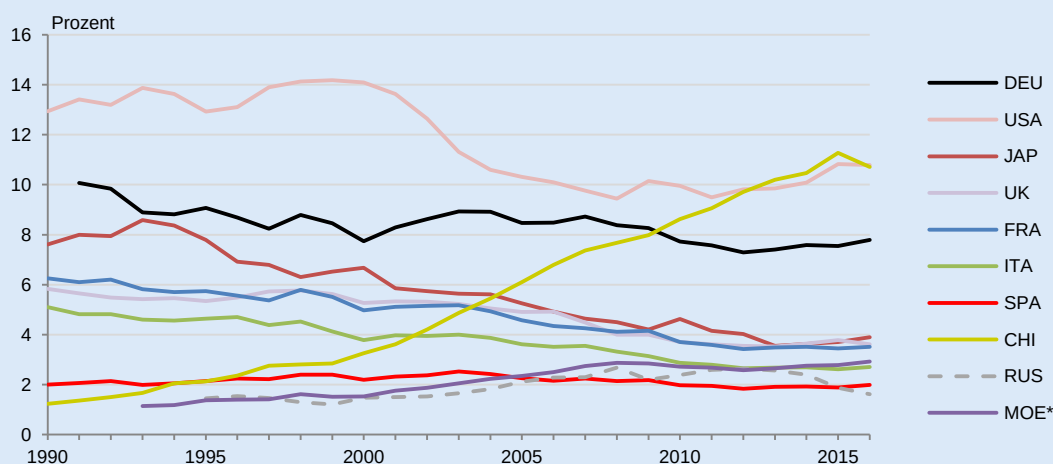
Kasten 4:**Zur Entwicklung der deutschen Weltmarktanteile**

Der Entwicklung der deutschen Exporte in Relation zum Welthandel – den deutschen Weltmarktanteilen – wird bisweilen eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit sowie wirtschaftspolitische Bedeutung zuteil. So ist der Weltmarktanteil einer der zentralen Indikatoren im Makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahren im Rahmen des Europäischen Semesters, um „strukturelle Verschlechterungen der Wettbewerbsfähigkeit“ abzubilden, insbesondere nicht-preisliche Aspekte der Wettbewerbsfähigkeit (Europäische Kommission 2012).^a Freilich ist das Konzept der Wettbewerbsfähigkeit für Volkswirtschaften problematisch und der Weltmarktanteil vor diesem Hintergrund mehr als mögliches Symptom für zugrundeliegende wirtschaftliche Probleme denn als Zielgröße für die Wirtschaftspolitik zu verstehen (Boysen-Hogrefe et al. 2015).

Die Messung der Weltmarktanteile ist anfällig für statistische Artefakte. Hinter Veränderungen des Indikators können unterschiedliche Einflussfaktoren stehen, die nicht notwendigerweise auf länderspezifische strukturelle Ursachen zurückgehen (Europäische Kommission 2013). So verschieben sich die Weltmarktanteile eines Landes automatisch, wenn sich der Welthandel auf zusätzliche Länder ausweitet oder vertieft. Gleichzeitig sind die Weltmarktanteile von solchen Ländern typischerweise überzeichnet, die bei zunehmender internationaler Handelsverflechtung als Umschlagplatz fungieren. Zudem können die Weltmarktanteile starken kurzfristigen Schwankungen unterliegen, beispielsweise aufgrund von Wechselkurs- oder Ölpreisänderungen. Gleichwohl können Veränderungen der Weltmarktanteile auf mögliche Fehlentwicklungen hinweisen. So können Rückgänge des Weltmarktanteils im Vergleich zu ähnlichen Volkswirtschaften darauf hinweisen, dass die Teilhabe der heimischen Exporteure am Weltmarkt strukturell behindert wird. Vor diesem Hintergrund ist nicht nur die historische, sondern auch die voraussichtliche Entwicklung der Weltmarktanteile von Interesse.

Weltmarktanteile im internationalen Vergleich

Die nominalen Exporte in Relation zu den weltweiten nominalen Exporten sind das gängigste Maß, um die Weltmarktanteile einer Volkswirtschaft zu bestimmen. Dieses Maß wird auch von der Europäischen Kommission verwendet.^b Gemessen daran sind die Weltmarktanteile deutscher Unternehmen seit dem Beginn der 1990er Jahre von 10 Prozent auf rund 8 Prozent im Jahr 2016 gesunken, wobei sich der Rückgang insbesondere in den 1990er Jahren und in den Jahren nach der Finanzkrise vollzog (Abbildung K4-1). Zu Beginn der 1990er Jahre trugen Sondereffekte im Zuge der deutschen Wiedervereinigung zu dem Rückgang bei (hohe Absorption im Inland, wegfallende Absatzmärkte für ostdeutsche Betriebe). Seit Mitte der 1990er dürfte hingegen die zunehmende Integration der Schwellenländer (insbesondere China) sowie der mittel- und osteuropäischen Länder in den Welthandel, die an Gewicht gewonnen haben, für den Rückgang der deutschen Anteile eine Rolle gespielt haben. Zu dem Rückgang in den Jahren nach der Finanzkrise hat neben dem geringen Bedarf an Investitionsgütern

Abbildung K4-1:**Weltmarktanteile nach Ländern 1990–2016**

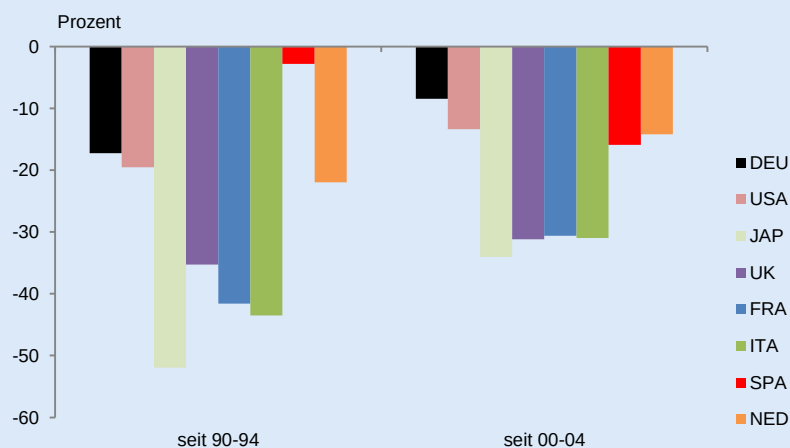
Jahresdaten; nominale Exporte in Relation zum nominalen Welthandel, beides in USD zu laufenden Preisen. *MOE: Summe der Weltmarktanteile der mittel- und osteuropäischen Länder Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei.

Quelle: OECD, *World Economic Outlook*; eigene Berechnungen.

in diesem Zeitraum auch die Krise im Euroraum – der nach wie vor wichtigsten Abnehmerregion deutscher Exporteure – beigetragen. Mit der Erholung im Euroraum und des globalen Investitionszyklus ist in den vergangenen Jahren der deutsche Weltmarktanteil wieder gestiegen – das Niveau von vor der Finanzkrise wurde bisher jedoch nicht wieder erreicht. Gleichwohl verzeichneten andere fortgeschrittene Volkswirtschaften, wie zum Beispiel Frankreich oder Japan, merklich stärkere Rückgänge ihrer Weltmarktanteile im Vergleich zum Ausgangsniveau zu Beginn der 1990er (2000er) Jahre als Deutschland (Abbildung K4-2).

Abbildung K4-2:

Relative Veränderung der Weltmarktanteile entwickelter Volkswirtschaften



Jahresdaten; Relative Änderung des Weltmarktanteils; Vergleich des Weltmarktanteils im Jahr 2016 gegenüber dem einfachen Mittelwert der Weltmarktanteile 1990-94 (bzw. 2000-04).

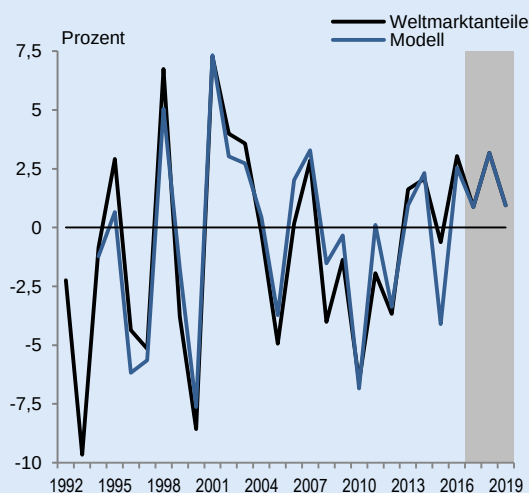
Quelle: OECD, *World Economic Outlook*; eigene Berechnungen.

Fortschreibung der deutschen Weltmarktanteile

Die zukünftige Entwicklung der Weltmarktanteile können wir nicht unmittelbar aus unserer Prognose ableiten, da wir lediglich den preisbereinigten Welthandel, nicht aber den nominalen Welthandel prognostizieren.^c Deshalb schätzen wir die prozentuale Veränderung der nominalen Weltmarktanteile anhand einer einfachen Regression für den Zeitraum von 1994 bis 2016 ab, in die neben einer Konstanten die folgenden von uns prognostizierten Größen kontemporär eingehen: Die Zuwachsraten der preisbereinigten Exporte, des preisbereinigten Welthandels sowie des real effektiven Wechselkurses (auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 56 Handelspartnerländern). Diese Regressionsgleichung soll keinen strukturellen Zusammenhang der Variablen abbilden, sondern lediglich eine konsistente Fortschreibung der Weltmarktanteile auf Basis unserer Prognose ermöglichen. Insgesamt kann mit diesem Modell die jährliche Veränderung der Weltmarktanteile recht gut abgebildet werden (Abbildung K4-3). Zwar kommt es auch immer wieder zu Abweichungen zwischen dem durch das Modell geschätztem und dem tatsächlichen Wert, allerdings würden sich erst größere Abweichungen, wie im Jahr

Abbildung K4-3:

Veränderung der Weltmarktanteile 1992–2019



Jahresdaten; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Modell geschätzt mittels der kontemporären Veränderung der preisbereinigten deutschen Exporte, des preisbereinigten Welthandels und des real effektiven Wechselkurses gegenüber 56 Volkswirtschaften auf Basis der Verbraucherpreise.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Ifd. Monatsbericht*; OECD, *Economic Outlook*; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognosezeitraum.

2015, sichtbar auf das Niveau der Weltmarktanteile auswirken; typischerweise machen diese Abweichungen nicht mehr als 0,1 Prozentpunkte aus.

Laut unserer aktuellen Konjunkturprognose liegen die Veränderungsraten der preisbereinigten Exporte Deutschlands in den Jahren von 2017 bis 2019 bei 4,4 Prozent, 5,2 Prozent bzw. 4,7 Prozent, die des preisbereinigten Welthandels bei 4,3 Prozent, 4 Prozent bzw. 3,8 Prozent und die des real effektiven Wechselkurses bei 0,9 Prozent, 1,1 Prozent bzw. -0,5 Prozent (Gern et al. 2017). Modellgemäß wird sich der Exportmarktanteil Deutschlands im Prognosezeitraum mit jährlichen Raten zwischen etwa 1 und 3 Prozent erhöhen. Im Jahr 2019 wird der Weltmarktanteil demzufolge bei 8,2 Prozent liegen, nach 7,8 Prozent im Jahr 2016.

^aDas Makroökonomische Ungleichgewichtsverfahren enthält den realen effektiven Wechselkurs als Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. — ^bDie OECD und das Statistische Bundesamt berechnen zudem Indikatoren zur sogenannten „Export-Performance“, die die Entwicklung der Exporte nicht zum Welthandel insgesamt in Relation setzt, sondern zur Entwicklung der gesamten Importe in den wichtigsten Abnehmerländern. Die Export-Performance zeigt daher an, ob ein Land auf den bisherigen Absatzmärkten Marktanteile gewinnt oder verliert. Die Integration von Ländern in den Welthandel, die jedoch keine wichtigen Abnehmer für die Exporte einer Volkswirtschaft darstellen, würde bei diesem Indikator weniger ins Gewicht fallen. — ^cGrund dafür ist, dass wir keine Prognose für die nominalen Exporte in allen wirtschaftlich bedeutenden Regionen erstellen und dass die Prognose der Welthandelspreise schwierig ist, da sie einer Vielzahl von Einflussfaktoren unterliegen und keine einschlägigen Modelle dafür vorliegen.

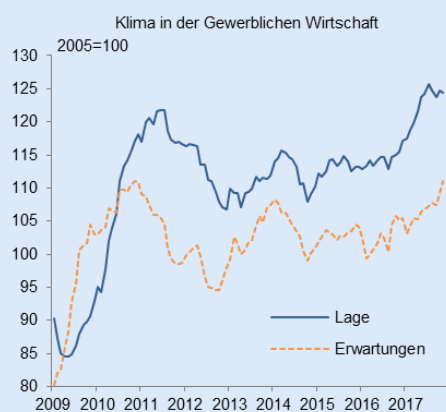
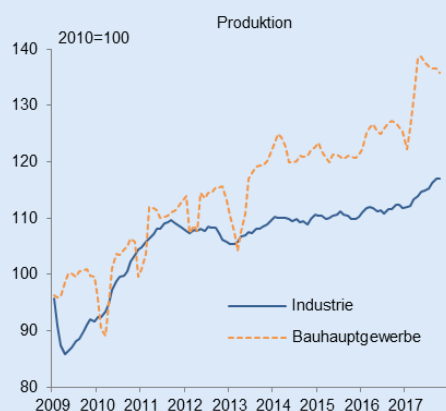
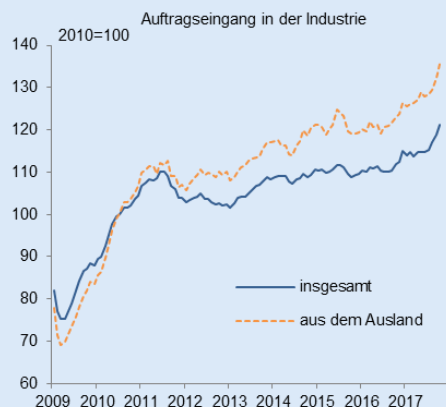
Datenanhang

INHALT

1. Konjunkturindikatoren.....	21
2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung	22
3. Außenwirtschaft	24
4. Inländische Verwendung	26
5. Wirtschaftsbereiche.....	28
6. Löhne	29
7. Beschäftigung	30
8. Öffentliche Finanzen	31
9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit.....	32
10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2016–2019	33
11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	34
12. Hauptaggregate der Sektoren (Mrd. EUR)	37

1. Konjunkturindikatoren

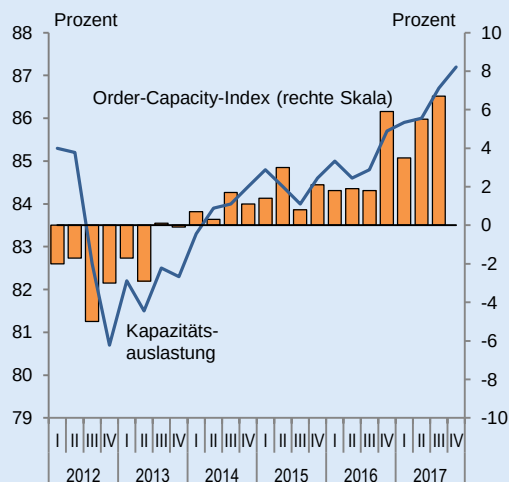
Abbildung 1.1:
Konjunkturindikatoren 2009–2017



Monatsdaten, saisonbereinigt. Auftragseingang und Produktion als gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; ifo, Konjunkturperspektiven; eigene Berechnungen.

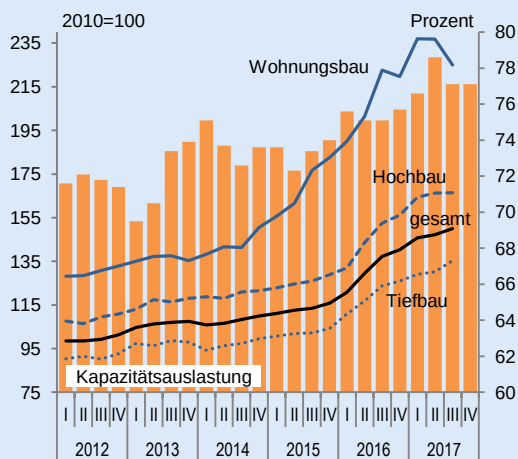
Abbildung 1.2:
Kapazitätsauslastung 2012–2017



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe (Achse schneidet bei Normalauslastung).

Quelle: ifo Institut, Konjunkturtest; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht.

Abbildung 1.3:
Auftragslage und Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe 2012–2017

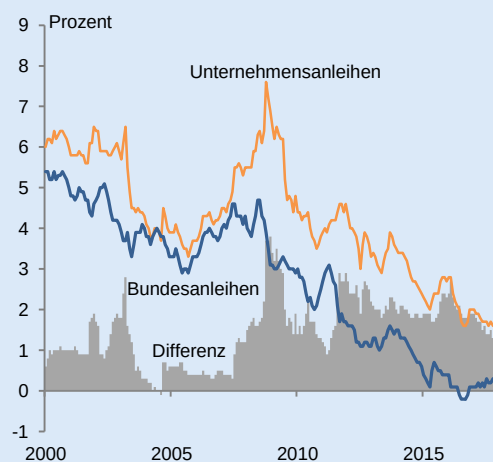


Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung: saisonbereinigt, rechte Skala (letzte Beobachtung: 2-Monats-Durchschnitt); Auftragsbestände: preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, GENESIS-Datenbank; ifo, Konjunkturperspektiven. Berechnungen des Ifw.

2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung

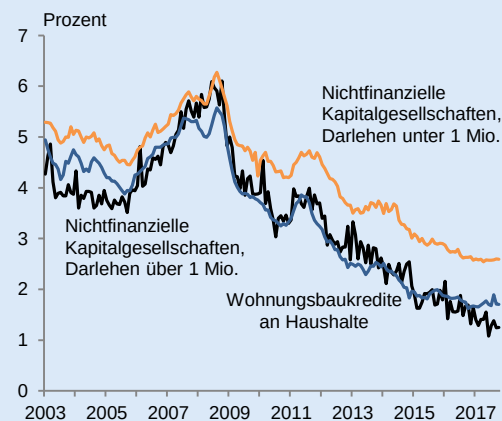
Abbildung 2.1:
Kapitalmarktzinsen 2000–2017



Monatsdaten, Renditen; mittlere Restlaufzeiten von über drei Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; eigene Berechnungen.

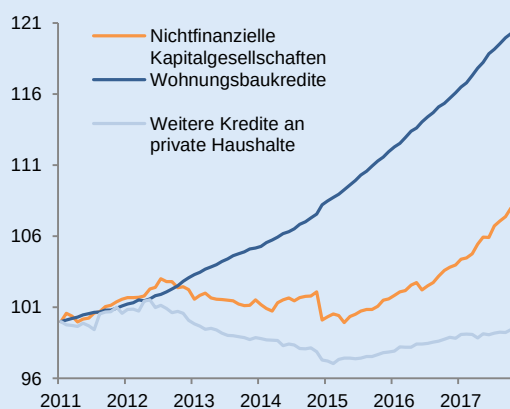
Abbildung 2.2:
Darlehenszinsen 2003–2017



Monatsdaten; bei Neugeschäften, Laufzeit 1–5 Jahre, ohne Überziehungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, MFI-Zinsstatistik.

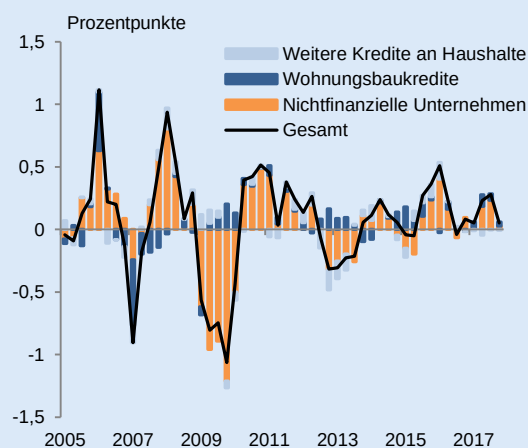
Abbildung 2.3:
Kreditsumme 2011–2017



Index: Jan 2011=100; Monatsdaten.

Quelle: Deutsche Bundesbank: Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen.

Abbildung 2.4:
Kreditimpuls 2005–2017

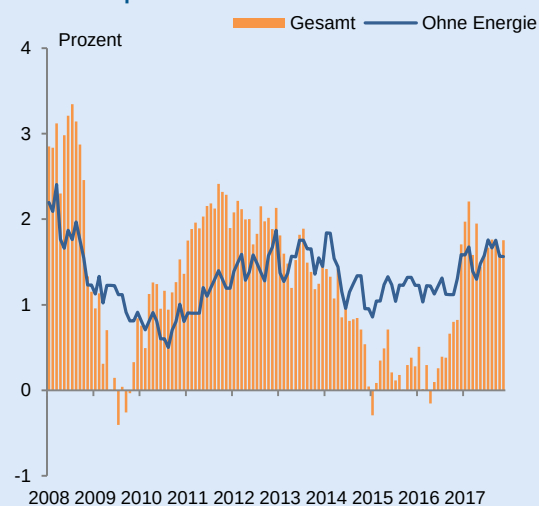


Quartalsdaten, aktuelles Quartal auf Basis des ersten Monats; Berechnung folgt Biggs et al. (2009).

Der Kreditimpuls ist die Veränderung der Kreditexpansion relativ zur Expansion des Bruttoinlandsproduktes.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; Biggs et al. (2009); eigene Berechnungen.

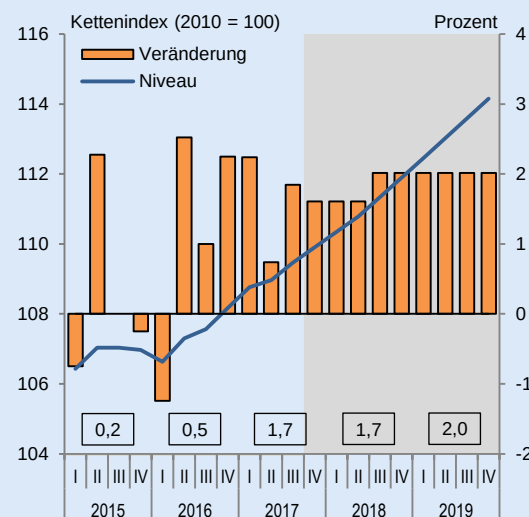
Abbildung 2.5:
Verbraucherpreise 2008–2017



Monatsdaten, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Zeitreihen-Datenbanken*; eigene Berechnungen.

Abbildung 2.6:
Verbraucherpreise 2015–2019



Quartalsdaten: kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 17, Reihe 7*; Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 2.1:
Rahmendaten für die Konjunktur 2016–2019

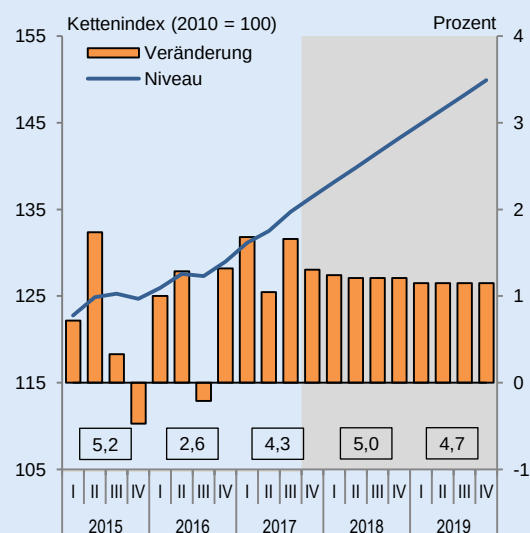
	2016				2017				2018				2019			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,25	0,25
Langfristige Zinsen	0,1	0,0	-0,1	0,2	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,6	0,6	0,7	0,7	0,8
US-Dollar/Euro	1,10	1,13	1,12	1,07	1,07	1,10	1,18	1,18	1,18	1,18	1,18	1,18	1,18	1,18	1,18	1,18
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	86,8	87,2	87,1	86,8	86,2	86,9	89,0	88,8	88,8	88,7	88,6	88,5	88,4	88,3	88,2	88,1
Exportmärkte	0,43	0,60	0,54	0,81	0,68	0,90	0,77	0,73	0,68	0,66	0,63	0,61	0,59	0,60	0,61	0,61
Rohölpreis	35,3	46,8	47,0	49,5	53,6	49,6	52,1	60,9	63,2	63,5	63,7	64,0	64,2	64,5	64,7	65,0

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz; langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 56 Ländern auf Basis von Verbraucherpreisen, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal, Jahresrate. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB, *Monatsbericht*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; IMF, *International Financial Statistics*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

3. Außenwirtschaft

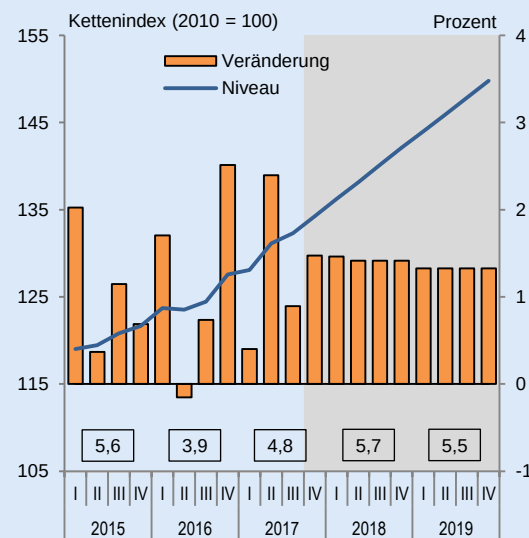
Abbildung 3.1:
Exporte 2015–2019



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten, preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

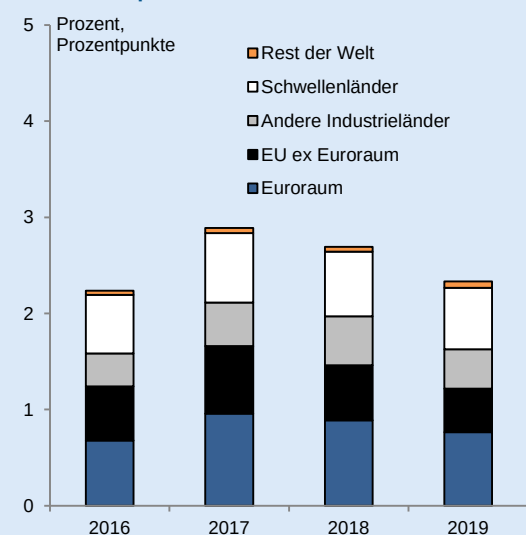
Abbildung 3.2:
Importe 2015–2019



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

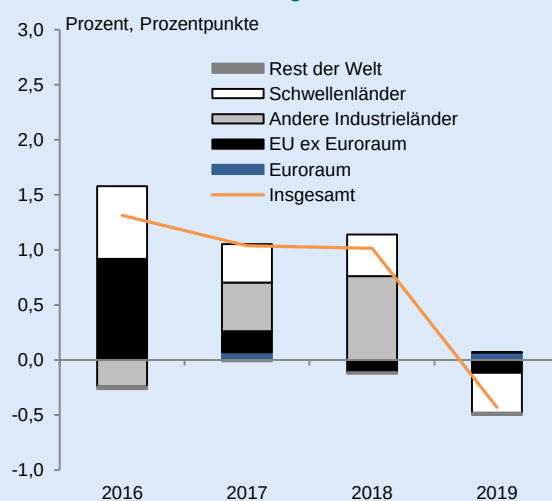
Abbildung 3.3:
Deutsche Exportmärkte 2016–2019



Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 7, Reihe 1*; nationale Quellen; eigene Berechnungen; 2017–2019: Prognose des IfW.

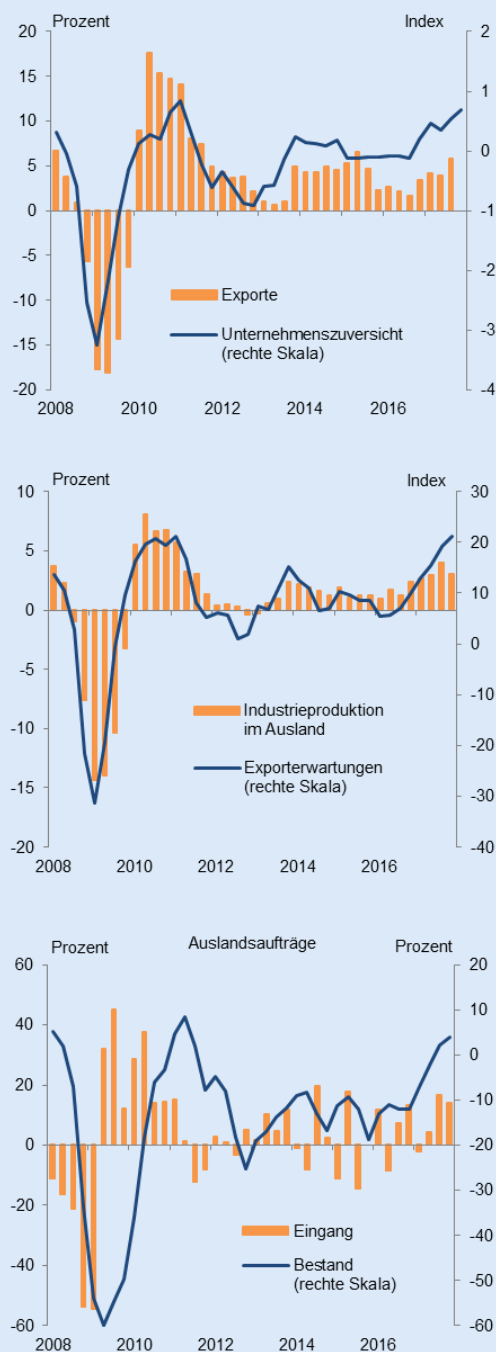
Abbildung 3.4:
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit 2016–2019



Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 51 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator der Deutschen Bundesbank für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 56 Handelspartnerländern auf Basis der Verbraucherpreise; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht 8.2017*; nationale Quellen; eigene Berechnungen; 2017–2019: Prognose des IfW.

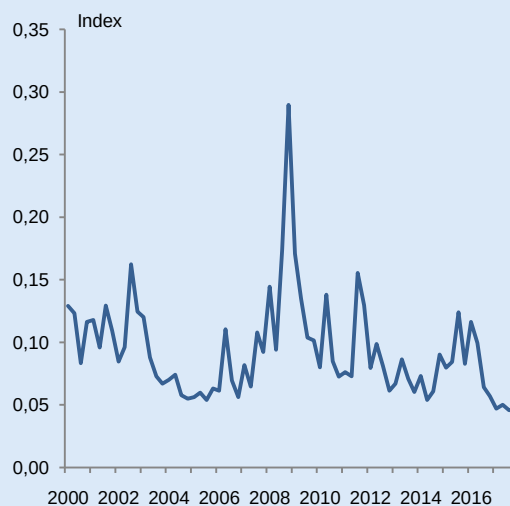
Abbildung 3.5:
Exportindikatoren 2008–2017



Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragszugang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, die über außerordentlich hohe Auftragsbestände berichten; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 42 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exportorerwartungen, Auftragsbestand (Auftragszugang): Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (entspricht dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; Thomson Financial Datastream; ifo, Konjunkturperspektiven; eigene Berechnungen.

Abbildung 3.6:
Unsicherheit in den deutschen Abnehmerländern
2000–2017

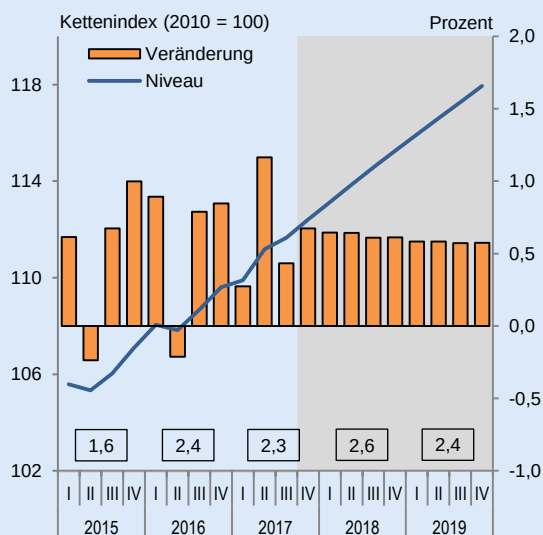


Quartalsdaten; Unsicherheit auf Basis von Aktienkursvolatilitäten in 46 Abnehmerländern gewichtet mit Anteilen an den deutschen Ausfuhren.

Quelle: Nationale Quellen; eigene Berechnungen.

4. Inländische Verwendung

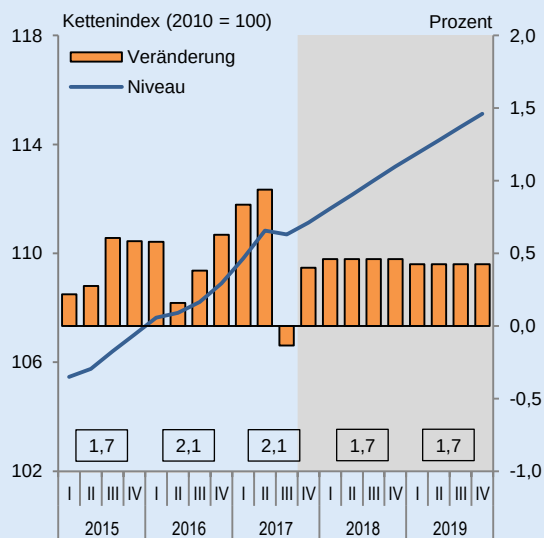
Abbildung 4.1:
Letzte Inländische Verwendung 2015–2019



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

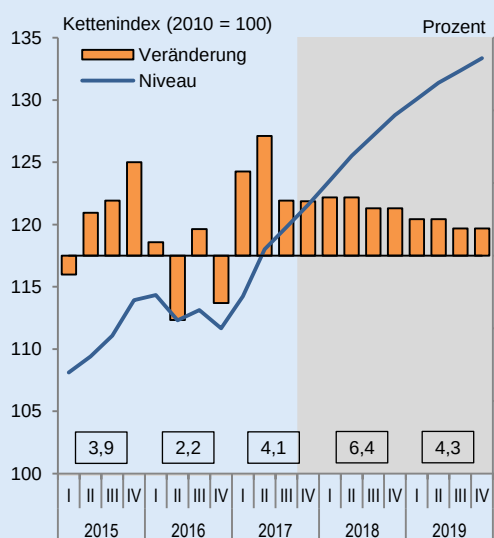
Abbildung 4.2:
Private Konsumausgaben 2015–2019



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

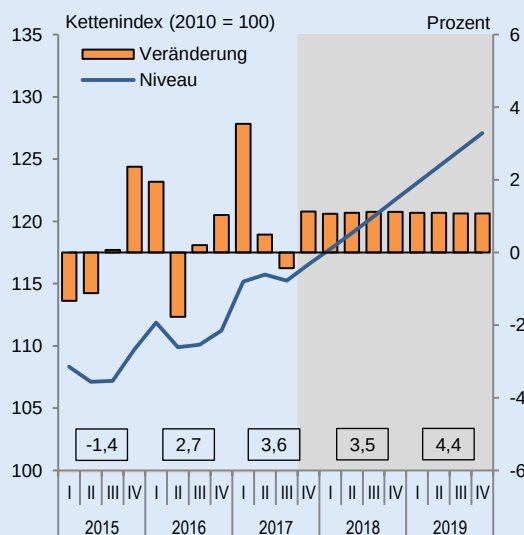
Abbildung 4.3:
Ausrüstungsinvestitionen 2015–2019



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

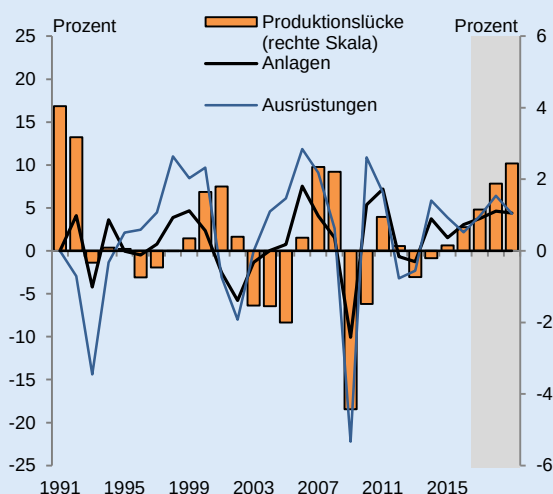
Abbildung 4.4:
Bauinvestitionen 2015–2019



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

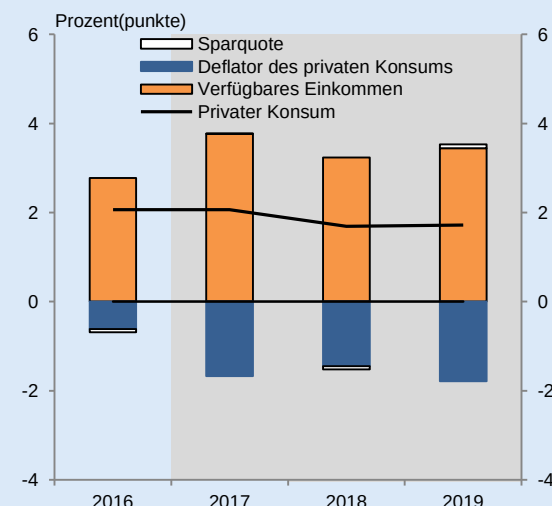
Abbildung 4.5:
Investitionszyklen 1991–2019



Jahresdaten; Anlagen, Ausrüstungen: preisbereinigt, Veränderung gegenüber Vorjahr; Produktionslücke: Approximativ berechnet, als Mittelwert aus der Produktionslücke der vergangenen Mittelfristprojektion vom Herbst 2017 und der Produktionslücke, die sich aus aktueller BIP-Prognose und der Potenzialschätzung vom Herbst 2017 ergibt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

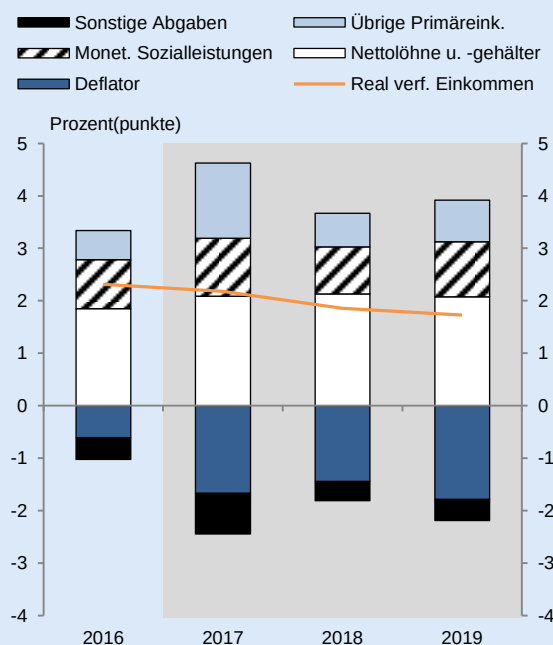
Abbildung 4.6:
Beiträge zur Veränderung des privaten Konsums 2016–2019



Jahresdaten; verfügbares Einkommen einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, Privater Konsum: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 4.7:
Beiträge zur Veränderung des real verfügbaren Einkommens 2016–2019



Jahresdaten, Expansionsbeiträge (real verfügbare Einkommen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, rechte Skala); sonstige Abgaben: Abgaben auf soz. Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und sonst. Transfers; Deflator: private Konsumausgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 4.1:
Anlageinvestitionen 2016–2019

	2016	2017	2018	2019
Anlageinvestitionen	3,1	3,8	4,6	4,4
Unternehmensinvestitionen	2,7	3,7	4,7	3,9
Ausrüstungen	2,2	4,1	6,4	4,3
Wirtschaftsbau	0,0	2,9	0,6	2,0
Sonstige Anlagen	5,5	3,7	4,6	4,5
Wohnungsbau	4,0	4,5	5,0	5,7
Öffentlicher Bau	2,7	0,4	1,7	3,2
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	2,7	3,6	3,5	4,4

Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

5. Wirtschaftsbereiche

Tabelle 5.1:
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 2017–2018

	2017			2018		
	II	III	IV	I	II	III
<i>Saison- und kalenderbereinigte Werte: Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent</i>						
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,8	0,7	0,6	0,6	0,6
Bruttowertschöpfung	0,7	1,0	0,7	0,6	0,6	0,6
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	1,2	1,9	0,6	0,7	0,7	0,6
Verarbeitendes Gewerbe	1,1	2,4	0,6	0,7	0,7	0,6
Baugewerbe	0,7	0,4	0,6	0,6	0,6	0,6
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	0,9	0,4	0,9	0,9	0,9	0,9
Information und Kommunikation	0,8	1,3	1,6	1,6	1,6	1,6
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,0	0,2	0,0	-0,1	-0,1	-0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	-0,2	0,7	0,5	0,4	0,4	0,4
Unternehmensdienstleister	0,2	1,2	0,9	0,6	0,6	0,6
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	0,8	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3
Sonstige Dienstleister	0,1	0,7	0,2	0,2	0,2	0,2

Quartalsdaten, preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

6. Löhne

Abbildung 6.1:
Reale Lohnstückkosten 1991–2019

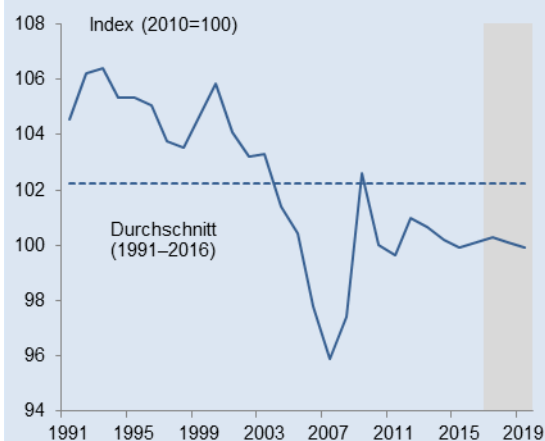


Tabelle 6.1:
Löhne und Produktivität 2016–2019

	2016	2017	2018	2019
Stundenkonzept				
Tariflöhne	2,1	2,1	2,4	2,6
Effektivlöhne	3,1	2,9	3,0	3,4
Lohndrift	1,0	0,7	0,6	0,8
Lohnkosten	2,9	2,7	2,8	3,2
Arbeitsproduktivität	1,3	1,0	1,2	1,2
Lohnstückkosten	1,5	1,7	1,5	1,9
Lohnstückkosten (real)	0,2	0,2	-0,2	-0,1
Personenkonzept				
Tariflöhne	2,1	2,1	2,4	2,6
Effektivlöhne	2,4	2,8	3,1	3,3
Lohndrift	0,3	0,7	0,7	0,7
Lohnkosten	2,2	2,7	2,9	3,1
Arbeitsproduktivität	0,6	0,8	1,3	1,1
Lohnstückkosten	1,6	1,9	1,6	2,0
Lohnstückkosten (real)	0,2	0,4	-0,1	-0,1

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohndrift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflatiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Deutsche Bundesbank, Tarifverdienststatistik; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

7. Beschäftigung

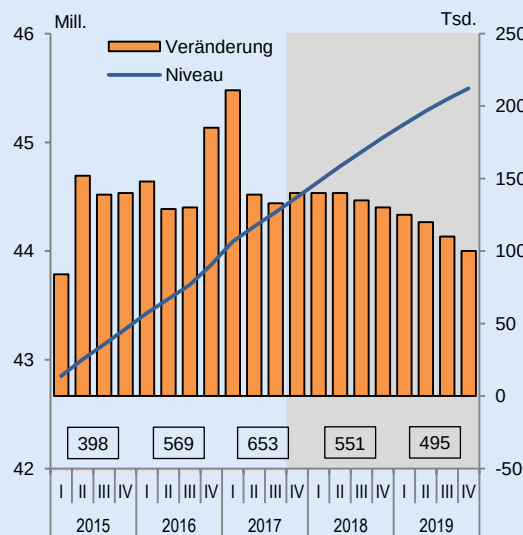
Tabelle 7.1:
Beschäftigung 2015–2019 (1 000 Personen)

	2015	2016	2017	2018	2019
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	58 924	59 285	60 049	60 828	61 424
Erwerbstätige (Inland)	43 069	43 638	44 291	44 842	45 337
Selbständige	4 360	4 333	4 309	4 303	4 303
Arbeitnehmer (Inland)	38 710	39 305	39 983	40 539	41 034
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30 853	31 514	32 230	32 817	33 352
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 849	4 803	4 754	4 720	4 680
Pendlersaldo	79	93	103	102	102
Erwerbstätige (Inländer)	42 990	43 545	44 189	44 740	45 235
Arbeitnehmer (Inländer)	38 631	39 211	39 880	40 437	40 932
Registrierte Arbeitslose	2 795	2 691	2 533	2 406	2 293
Arbeitslosenquote (Prozent)	6,4	6,1	5,7	5,3	5,1
Erwerbslosenquote (Prozent)	4,3	3,9	3,5	3,1	2,7

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1 2*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

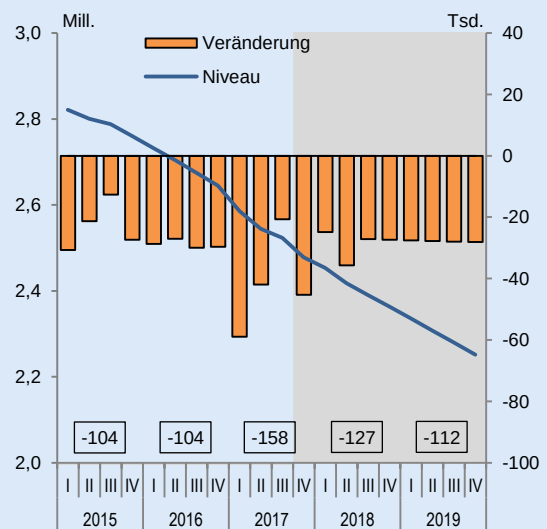
Abbildung 7.1:
Erwerbstätige 2015–2019



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 7.2:
Arbeitslose 2015–2019



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr (gerahmt).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW

8. Öffentliche Finanzen

Tabelle 8.1:

Einnahmen und Ausgaben des Staates 2015–2019 (Mrd. Euro)

	2015	2016	2017	2018	2019
Einnahmen	1 354,3	1 414,2	1 477,5	1 533,4	1 594,1
➤ relativ zum BIP	44,5	45,0	45,3	45,1	44,9
Steuern	698,0	732,0	770,5	800,8	834,2
➤ relativ zum BIP	22,9	23,3	23,6	23,5	23,5
Sozialbeiträge	500,8	523,8	548,1	569,6	593,3
➤ relativ zum BIP	16,5	16,7	16,8	16,7	16,7
Sonstige Einnahmen	155,4	158,5	158,8	163,0	166,6
➤ relativ zum BIP	5,1	5,0	4,9	4,8	4,7
Ausgaben	1 334,9	1 388,6	1 432,5	1 482,7	1 535,9
➤ relativ zum BIP	43,9	44,2	43,9	43,6	43,3
Arbeitnehmerentgelt	229,2	236,5	246,2	255,0	264,9
Vorleistungen	142,2	150,0	153,8	158,7	164,7
Soziale Sachleistungen	252,4	268,6	278,4	287,9	299,8
Bruttoinvestitionen	64,2	66,8	69,8	74,2	78,3
Geleistete Vermögenseinkommen	46,4	41,6	39,0	37,0	36,2
Monetäre Sozialleistungen	469,9	486,3	505,9	521,6	540,7
Subventionen	27,0	27,8	27,9	28,7	29,5
Sonstige laufende Übertragungen	74,8	75,7	73,4	86,1	88,6
Vermögensübertragungen	30,0	36,4	39,4	34,7	34,5
Sonstige Ausgaben	-1,3	-1,3	-1,4	-1,4	-1,4
Finanzierungssaldo	19,4	25,7	45,0	50,7	58,2
➤ relativ zum BIP	0,6	0,8	1,4	1,5	1,6
Einnahmen der Gebietskörperschaften	880,0	918,7	958,3	993,5	1 003,2
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	879,0	917,7	957,2	992,5	1 002,1
Transfers der Sozialversicherung	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
Ausgaben der Gebietskörperschaften	863,3	901,3	924,3	957,3	964,7
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	758,8	791,0	808,8	839,0	845,5
Transfers an die Sozialversicherung	104,6	110,3	115,5	118,3	119,2
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	16,7	17,4	34,0	36,2	38,5
Einnahmen der Sozialversicherung	579,9	606,9	635,7	659,3	665,0
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	475,3	496,6	520,3	541,0	545,8
Ausgaben der Sozialversicherung	577,2	598,6	624,8	644,8	650,6
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	576,1	597,6	623,7	643,7	649,6
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	2,7	8,2	11,0	14,5	14,3

Abweichungen der Summen rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit

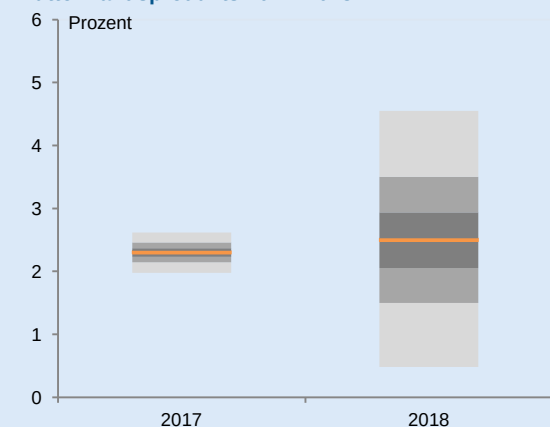
Tabelle 9.1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2017–2019

	2017				2018				2019			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,9	0,6	0,8	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5
Private Konsumausgaben	0,8	0,9	-0,1	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Konsumausgaben des Staates	0,2	0,2	0,0	0,5	0,5	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,4	0,5
Ausrüstungsinvestitionen	2,3	3,3	1,5	1,5	1,6	1,6	1,3	1,3	1,0	1,0	0,8	0,7
Bauinvestitionen	3,5	0,5	-0,4	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
Sonstige Anlagen	2,0	0,9	0,6	1,0	1,3	1,3	1,3	1,3	1,0	1,0	1,0	1,0
Vorratsveränderungen	-0,8	0,2	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,3	1,2	0,4	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Ausfuhr	1,7	1,0	1,7	1,3	1,2	1,2	1,2	1,2	1,1	1,1	1,1	1,1
Einfuhr	0,4	2,4	0,9	1,5	1,5	1,4	1,4	1,4	1,3	1,3	1,3	1,3
Außenbeitrag	0,6	-0,4	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Erwerbstätige, Inland	44 085	44 224	44 357	44 497	44 637	44 777	44 912	45 042	45 167	45 287	45 397	45 497
Arbeitslose	2 586	2 544	2 523	2 478	2 453	2 417	2 390	2 363	2 335	2 308	2 280	2 252

Preis-, kalender- und saisonbereinigt Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

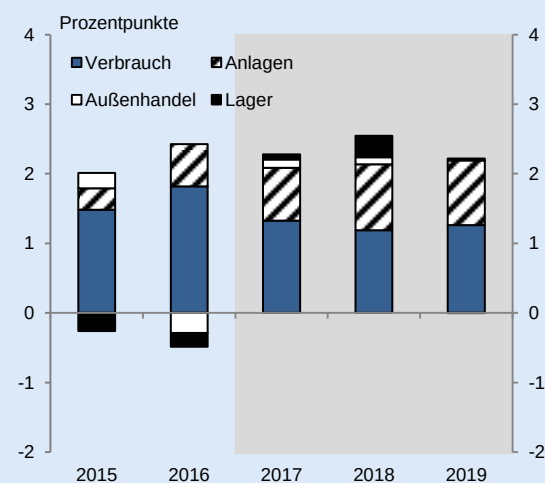
Abbildung 9.1:
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts 2017–2018



Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; prognostizierter Anstieg (orangene Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Konfidenzniveaus von 33, 66 und 95 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im vierten Quartal der Jahre 1994–2016).

Quelle: Eigene Berechnungen.

Abbildung 9.2:
Verwendungsseitige Expansionsbeiträge 2015–2019



Jahresdaten, preisbereinigt (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2016–2019

	2017	2016	2017	2018	2019
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		1,9	2,3	2,5	2,2
Private Konsumausgaben		2,1	2,1	1,7	1,7
Konsumausgaben des Staates		3,7	1,1	1,6	1,9
Anlageinvestitionen		3,1	3,8	4,6	4,4
Ausrüstungsinvestitionen		2,2	4,1	6,4	4,3
Bauinvestitionen		2,7	3,6	3,5	4,4
Sonstige Anlagen		5,5	3,7	4,6	4,5
Vorratsveränderung		-0,2	0,1	0,3	0,0
Inländische Verwendung		2,4	2,3	2,6	2,4
Ausfuhr		2,6	4,3	5,0	4,7
Einfuhr		3,9	4,8	5,7	5,5
Außenbeitrag		-0,3	0,1	0,1	0,0
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	3 263,1	3,3	3,8	4,3	4,3
Private Konsumausgaben	1 737,6	2,7	3,8	3,1	3,5
Konsumausgaben des Staates	636,8	4,8	3,5	3,5	4,0
Anlageinvestitionen	665,9	4,3	5,7	7,0	6,8
Ausrüstungsinvestitionen	214,7	2,5	4,3	7,1	4,9
Bauinvestitionen	325,4	4,6	6,9	7,1	8,1
Sonstige Anlagen	125,8	6,4	5,1	6,7	6,5
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		-26,4	-22,6	-13,1	-13,3
Inländische Verwendung	3 017,7	3,3	4,3	4,4	4,4
Ausfuhr	1 536,1	1,6	5,9	5,9	5,6
Einfuhr	1 290,7	1,4	7,6	6,5	5,9
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		250,6	245,4	251,3	260,7
Bruttonationaleinkommen	3 321,8	3,1	3,9	4,2	4,3
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		1,3	1,5	1,7	2,1
Private Konsumausgaben		0,6	1,7	1,4	1,8
Konsumausgaben des Staates		1,1	2,3	1,9	2,1
Ausrüstungsinvestitionen		0,4	0,2	0,6	0,5
Bauinvestitionen		1,9	3,2	3,5	3,5
Sonstige Anlagen		0,8	1,3	2,0	1,9
Ausfuhr		-1,0	1,6	0,8	0,8
Einfuhr		-2,5	2,7	0,7	0,4
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		0,5	1,7	1,7	2,0
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2 434,0	3,2	4,1	4,7	4,7
Arbeitnehmerentgelt	1 670,4	3,8	4,4	4,3	4,4
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		68,4	68,6	68,4	68,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	763,6	2,1	3,5	5,5	5,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1 874,4	2,9	3,8	3,3	3,6
Sparquote (Prozent)		9,7	9,7	9,8	9,7
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1 370,8	4,0	4,5	4,6	4,6
Effektivlohn, Stundenbasis		3,1	2,9	3,0	3,4
Lohnstückkosten, Stundenbasis		1,5	1,7	1,5	1,9
Produktivität, Stundenbasis		1,3	1,0	1,2	1,2
Arbeitslose (1 000)		2 691	2 533	2 406	2 293
Arbeitslosenquote (Prozent)		6,1	5,7	5,3	5,1
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		43 638	44 291	44 842	45 337
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		25,7	45,0	50,7	58,2
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		0,8	1,4	1,5	1,6
Öffentliche Schulden (Prozent)		68,1	65,0	61,1	57,7

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2019

	2017	2018	2019	2017		2018	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erw. erbstätige	1,5	1,2	1,1	1,5	1,5	1,3	1,2
Arbeitsvolumen	1,3	1,3	1,0	1,5	1,1	1,3	1,3
Arbeitszeit je Erw. erbstätigen	- 0,2	0,1	- 0,1	0,0	- 0,4	0,0	0,0
Produktivität ¹	1,0	1,2	1,2	0,6	1,3	1,2	1,2
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,3	2,5	2,2	2,2	2,4	2,6	2,5

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 374,4	2 451,0	2 541,0	1 160,5	1 213,8	1 194,6	1 256,4
Private Haushalte ²	1 737,6	1 792,0	1 855,4	850,5	887,0	873,5	918,5
Staat	636,8	658,9	685,5	310,0	326,8	321,1	337,8
Anlageinvestitionen	665,9	712,6	760,9	320,8	345,1	341,2	371,4
Ausrüstungen	214,7	230,0	241,2	101,7	113,0	108,9	121,0
Bauten	325,4	348,5	376,8	157,8	167,7	167,2	181,2
Sonstige Anlageinvestitionen	125,8	134,2	143,0	61,3	64,5	65,1	69,1
Vorratsveränderung ³	- 22,6	- 13,1	- 13,3	- 6,4	- 16,2	2,0	- 15,0
Inländische Verwendung	3 017,7	3 150,5	3 288,6	1 475,0	1 542,7	1 537,8	1 612,7
Außenbeitrag	245,4	251,3	260,7	127,5	117,9	133,4	117,9
Exporte	1 536,1	1 626,2	1 717,0	761,2	774,9	804,6	821,6
Importe	1 290,7	1 374,9	1 456,3	633,7	657,0	671,1	703,8
Bruttoinlandsprodukt	3 263,1	3 401,8	3 549,3	1 602,5	1 660,6	1 671,2	1 730,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	3,7	3,2	3,7	3,9	3,5	2,9	3,5
Private Haushalte ²	3,8	3,1	3,5	4,0	3,6	2,7	3,6
Staat	3,5	3,5	4,0	3,5	3,4	3,6	3,4
Anlageinvestitionen	5,7	7,0	6,8	5,2	6,2	6,4	7,6
Ausrüstungen	4,3	7,1	4,9	2,7	5,7	7,1	7,2
Bauten	6,9	7,1	8,1	7,0	6,8	6,0	8,1
Sonstige Anlageinvestitionen	5,1	6,7	6,5	4,9	5,3	6,1	7,2
Inländische Verwendung	4,3	4,4	4,4	4,3	4,3	4,3	4,5
Exporte	5,9	5,9	5,6	6,0	5,8	5,7	6,0
Importe	7,6	6,5	5,9	8,8	6,5	5,9	7,1
Bruttoinlandsprodukt	3,8	4,3	4,3	3,4	4,1	4,3	4,2

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 157,8	2 193,0	2 231,5	1 061,7	1 096,0	1 076,1	1 117,0
Private Haushalte ²	1 598,9	1 625,5	1 653,4	784,8	814,1	795,6	829,9
Staat	558,6	567,3	577,8	276,7	281,8	280,3	287,0
Anlageinvestitionen	593,9	621,5	648,9	286,9	307,0	298,6	322,8
Ausrüstungen	207,7	221,0	230,6	97,9	109,8	104,3	116,7
Bauten	273,4	282,8	295,4	133,5	139,9	136,8	146,0
Sonstige Anlageinvestitionen	113,5	118,7	124,1	55,6	58,0	57,8	60,9
Inländische Verwendung	2 719,7	2 791,3	2 857,2	1 340,6	1 379,0	1 374,5	1 416,8
Exporte	1 454,6	1 527,9	1 600,4	720,5	734,1	757,4	770,5
Importe	1 254,6	1 326,6	1 400,1	613,2	641,3	647,6	679,0
Bruttoinlandsprodukt	2 920,3	2 994,4	3 060,7	1 447,5	1 472,8	1 484,4	1 510,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,8	1,6	1,8	2,0	1,6	1,3	1,9
Private Haushalte ²	2,1	1,7	1,7	2,2	1,9	1,4	1,9
Staat	1,1	1,6	1,9	1,4	0,9	1,3	1,8
Anlageinvestitionen	3,8	4,6	4,4	3,4	4,1	4,1	5,1
Ausrüstungen	4,1	6,4	4,3	2,5	5,6	6,6	6,3
Bauten	3,6	3,5	4,4	4,0	3,2	2,5	4,4
Sonstige Anlageinvestitionen	3,7	4,6	4,5	3,7	3,8	4,1	5,1
Inländische Verwendung	2,3	2,6	2,4	2,4	2,3	2,5	2,7
Exporte	4,3	5,0	4,7	4,1	4,4	5,1	5,0
Importe	4,8	5,7	5,5	5,0	4,7	5,6	5,9
Bruttoinlandsprodukt	2,3	2,5	2,2	2,2	2,4	2,6	2,5

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2019

	2017	2018	2019	2017		2018	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	1,7	1,4	1,8	1,7	1,6	1,3	1,6
Konsumausgaben des Staates	2,3	1,9	2,1	2,1	2,5	2,3	1,5
Anlageinvestitionen	1,8	2,3	2,3	1,7	2,0	2,2	2,4
Ausrüstungen	0,2	0,6	0,5	0,3	0,2	0,5	0,8
Bauten	3,2	3,5	3,5	2,9	3,4	3,4	3,5
Exporte	1,6	0,8	0,8	1,9	1,3	0,5	1,0
Importe	2,6	0,7	0,4	3,7	1,7	0,3	1,2
Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,7	2,1	1,2	1,7	1,7	1,7

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 273,1	2 357,4	2 448,7	1 120,0	1 153,1	1 162,2	1 195,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	299,6	309,2	319,9	145,1	154,6	149,9	159,3
Bruttolöhne und -gehälter	1 370,8	1 433,4	1 498,6	653,2	717,5	684,3	749,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	602,7	614,8	630,1	321,6	281,1	328,1	286,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	477,9	514,7	551,4	219,0	258,9	236,6	278,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 751,0	2 872,1	3 000,1	1 338,9	1 412,1	1 398,8	1 473,2
Abschreibungen	570,7	590,1	610,7	283,3	287,4	293,0	297,1
Bruttonationaleinkommen	3 321,7	3 462,2	3 610,8	1 622,2	1 699,4	1 691,8	1 770,4
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 433,9	2 547,6	2 667,0	1 180,6	1 253,3	1 236,9	1 310,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	763,5	805,0	848,5	382,3	381,2	402,8	402,3
Arbeitnehmerentgelt	1 670,4	1 742,6	1 818,5	798,3	872,1	834,2	908,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	4,4	3,7	3,9	4,6	4,2	3,8	3,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,7	3,2	3,5	3,8	3,7	3,3	3,1
Bruttolöhne und -gehälter	4,5	4,6	4,6	4,5	4,5	4,7	4,4
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,8	3,1	3,3	2,7	2,8	3,3	3,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	4,5	2,0	2,5	5,0	3,9	2,0	2,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	2,2	7,7	7,1	- 1,4	5,4	8,1	7,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	4,0	4,4	4,5	3,6	4,5	4,5	4,3
Abschreibungen	3,3	3,4	3,5	3,3	3,4	3,4	3,4
Bruttonationaleinkommen	3,9	4,2	4,3	3,5	4,3	4,3	4,2
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	4,1	4,7	4,7	3,5	4,7	4,8	4,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,5	5,4	5,4	1,6	5,5	5,4	5,5
Arbeitnehmerentgelt	4,4	4,3	4,4	4,4	4,4	4,5	4,2

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 351,9	1 405,6	1 463,2	650,5	701,4	676,6	729,1
Nettolöhne und -gehälter	906,7	946,6	987,6	427,7	479,1	447,5	499,1
Monetäre Sozialleistungen	564,9	581,8	602,1	282,5	282,4	290,1	291,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	119,8	122,8	126,4	59,7	60,1	61,0	61,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	602,7	614,8	630,1	321,6	281,1	328,1	286,7
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 80,1	- 84,0	- 88,2	- 38,7	- 41,4	- 40,6	- 43,5
Verfügbares Einkommen	1 874,4	1 936,4	2 005,2	933,4	941,0	964,1	972,3
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	49,5	49,9	50,3	24,5	25,1	24,7	25,3
Konsumausgaben	1 737,6	1 792,0	1 855,4	850,5	887,0	873,5	918,5
Sparen	186,4	194,3	200,1	107,3	79,1	115,3	79,0
Sparquote (%) ⁶	9,7	9,8	9,7	11,2	8,2	11,7	7,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	4,1	4,0	4,1	4,2	3,9	4,0	3,9
Nettolöhne und -gehälter	4,3	4,4	4,3	4,3	4,4	4,6	4,2
Monetäre Sozialleistungen	3,7	3,0	3,5	4,3	3,1	2,7	3,3
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	4,3	2,5	3,0	5,6	3,1	2,2	2,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	4,5	2,0	2,5	5,0	3,9	2,0	2,0
Verfügbares Einkommen	3,8	3,3	3,6	4,2	3,5	3,3	3,3
Konsumausgaben	3,8	3,1	3,5	4,0	3,6	2,7	3,6
Sparen	3,7	4,2	3,0	5,1	1,9	7,4	- 0,1

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2019

	2017	2018	2019	2017		2018	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd.EUR

Einnahmen							
Steuern	770,5	800,8	834,2	385,1	385,4	400,0	400,8
Sozialbeiträge	548,1	569,6	593,3	265,7	282,4	276,3	293,3
Vermögenseinkommen	17,0	18,0	18,0	8,6	8,4	9,7	8,3
Sonstige Transfers	21,7	21,9	22,3	10,1	11,6	10,2	11,8
Vermögenstransfers	10,9	10,6	10,7	5,4	5,5	5,3	5,4
Verkäufe	109,0	112,2	115,4	52,2	56,8	53,4	58,8
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 477,5	1 533,4	1 594,1	727,3	750,1	754,9	778,5
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	432,3	446,8	464,6	210,0	222,3	216,9	229,9
Arbeitnehmerentgelt	246,2	255,0	264,9	118,4	127,8	122,6	132,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	39,0	37,0	36,2	19,9	19,0	18,9	18,0
Subventionen	27,9	28,7	29,5	13,5	14,4	13,9	14,8
Monetäre Sozialleistungen	505,9	521,6	540,7	253,2	252,7	260,2	261,4
Sonstige laufende Transfers	73,4	86,1	88,6	40,9	32,5	46,3	39,8
Vermögenstransfers	39,4	34,7	34,5	20,7	18,8	13,9	20,8
Bruttoinvestitionen	69,8	74,2	78,3	30,1	39,7	31,7	42,6
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,4	- 1,4	- 1,4	- 0,7	- 0,8	- 0,7	- 0,8
Insgesamt	1 432,5	1 482,7	1 535,9	706,1	726,4	723,7	759,0
Finanzierungssaldo	45,0	50,7	58,2	21,2	23,7	31,2	19,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	5,3	3,9	4,2	5,6	4,9	3,9	4,0
Sozialbeiträge	4,7	3,9	4,2	4,8	4,5	4,0	3,9
Vermögenseinkommen	- 5,6	5,7	0,1	- 9,9	- 0,9	12,7	- 1,5
Sonstige Transfers	9,1	1,1	1,6	12,9	6,0	0,4	1,7
Vermögenstransfers	- 29,3	- 2,6	0,2	- 28,6	- 30,0	- 2,9	- 2,3
Verkäufe	3,8	3,0	2,8	4,8	3,0	2,3	3,7
Sonstige Subventionen	2,5	0,0	0,0	6,9	- 0,9	0,0	0,0
Insgesamt	4,5	3,8	4,0	4,8	4,2	3,8	3,8
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	3,2	3,3	4,0	3,3	3,1	3,3	3,4
Arbeitnehmerentgelt	4,1	3,6	3,9	4,4	3,9	3,5	3,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 6,3	- 5,1	- 2,2	- 3,8	- 8,8	- 5,0	- 5,3
Subventionen	0,2	2,9	2,9	- 0,6	0,9	2,9	2,9
Monetäre Sozialleistungen	4,0	3,1	3,7	4,8	3,3	2,8	3,4
Sonstige laufende Transfers	- 3,1	17,4	2,9	2,3	- 9,2	13,2	22,6
Vermögenstransfers	8,3	- 11,8	- 0,6	31,9	- 9,6	- 32,5	10,9
Bruttoinvestitionen	4,5	6,3	5,5	4,1	4,8	5,0	7,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	6,8	0,0	0,0	25,4	- 5,3	0,0	0,0
Insgesamt	3,2	3,5	3,6	4,4	2,0	2,5	4,5

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18; eigene Berechnungen. Prognose des IfW.

12. Hauptaggregate der Sektoren (Mrd. EUR)

	Gegenstand der Nachweisung	2017				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	2 940,5	1 992,8	313,6	634,1	–
2 –	Abschreibungen	570,7	328,2	70,6	171,8	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 369,8	1 664,6	243,0	462,3	– 245,4
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 668,5	1 192,0	246,2	230,2	14,7
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,0	12,3	0,2	9,5	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	25,8	24,3	0,2	1,3	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeinkommen ...	705,2	484,5	– 3,2	223,9	– 260,0
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 670,4	–	–	1 670,4	12,7
9 –	Geleistete Subventionen	27,9	–	27,9	–	5,3
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	345,0	–	345,0	–	6,9
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	708,5	644,6	39,0	24,9	171,4
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	766,8	346,0	17,0	403,7	113,1
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 751,0	185,9	291,9	2 273,1	– 304,0
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	415,6	90,8	–	324,8	10,3
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	425,5	–	425,5	–	0,4
16 –	Geleistete Netto so zialbeiträge 2)	670,2	–	–	670,2	4,2
17 +	Empfangene Netto so zialbeiträge 2)	671,6	122,7	548,1	0,8	2,9
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	571,8	65,1	505,9	0,8	0,5
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	564,9	–	–	564,9	7,3
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	324,8	172,4	73,4	79,0	58,5
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	275,9	143,7	21,7	110,5	107,4
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 706,5	124,0	708,0	1 874,4	– 259,5
23 –	Konsumausgaben	2 374,4	–	636,8	1 737,6	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 49,5	–	49,5	–
25 =	Sparen	332,1	74,5	71,3	186,4	– 259,5
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	60,9	12,0	39,4	9,5	4,9
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	56,7	30,7	10,9	15,1	9,1
28 –	Bruttoinvestitionen	643,3	370,3	69,8	203,2	–
29 +	Abschreibungen	570,7	328,2	70,6	171,8	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	1,5	2,0	– 1,4	0,9	– 1,5
31 =	Finanzierungssaldo	253,9	49,2	45,0	159,7	– 253,9
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 706,5	124,0	708,0	1 874,4	– 259,5
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	415,3	–	415,3	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	415,3	–	–	415,3	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 706,5	124,0	292,7	2 289,8	– 259,5
38 –	Konsum 2)	2 374,4	–	221,5	2 152,9	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 49,5	–	49,5	–
40 =	Sparen	332,1	74,5	71,3	186,4	– 259,5

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Hauptaggregate der Sektoren*; Prognose des IfW.

	Gegenstand der Nachweisung	2018				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 071,5	2 089,2	324,5	657,7	–
2 –	Abschreibungen	590,1	338,9	72,9	178,4	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 481,4	1 750,3	251,7	479,4	– 251,3
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 740,6	1 242,7	255,0	242,9	15,6
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,3	12,2	0,2	9,9	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	26,4	24,8	0,2	1,4	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeinkommen	744,9	520,3	– 3,3	227,9	– 266,9
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 742,6	–	–	1 742,6	13,5
9 –	Geleistete Subventionen	28,7	–	28,7	–	5,3
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	353,1	–	353,1	–	7,1
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	707,7	647,8	37,0	22,9	174,4
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	767,9	340,1	18,0	409,8	114,3
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 872,1	212,5	302,2	2 357,4	– 311,6
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	437,4	95,4	–	342,0	10,8
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	447,7	–	447,7	–	0,5
16 –	Geleistete Netto so zialbeiträge 2)	692,4	–	–	692,4	4,4
17 +	Empfangene Netto so zialbeiträge 2)	693,6	123,2	569,6	0,8	3,1
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	588,0	65,6	521,6	0,8	0,5
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	581,8	–	–	581,8	6,7
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	342,7	175,9	86,1	80,7	58,9
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	290,9	156,7	21,9	112,3	110,6
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 825,7	155,6	733,7	1 936,4	– 265,2
23 –	Konsumausgaben	2 451,0	–	658,9	1 792,0	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 49,9	–	49,9	–
25 =	Sparen	374,7	105,7	74,8	194,3	– 265,2
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	56,8	12,2	34,7	9,9	4,8
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	52,5	26,9	10,6	15,0	9,1
28 –	Bruttoinvestitionen	699,5	404,3	74,2	221,0	–
29 +	Abschreibungen	590,1	338,9	72,9	178,4	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 2,6	– 2,1	– 1,4	0,9	2,6
31 =	Finanzierungssaldo	263,5	57,0	50,7	155,8	– 263,5
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 825,7	155,6	733,7	1 936,4	– 265,2
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	427,8	–	427,8	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	427,8	–	–	427,8	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 825,7	155,6	305,9	2 364,1	– 265,2
38 –	Konsum 3)	2 451,0	–	231,2	2 219,8	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 49,9	–	49,9	–
40 =	Sparen	374,7	105,7	74,8	194,3	– 265,2

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren; Prognose des IfW.

	Gegenstand der Nachweisung	2019				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 209,9	2 188,8	336,5	684,7	–
2 –	Abschreibungen	610,7	350,1	75,2	185,5	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 599,1	1 838,7	261,3	499,2	– 260,7
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 816,4	1 294,8	264,9	256,7	16,5
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,6	12,1	0,2	10,3	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	27,0	25,4	0,2	1,4	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeinkommen	787,1	557,2	– 3,6	233,5	– 277,3
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 818,5	–	–	1 818,5	14,4
9 –	Geleistete Subventionen	29,5	–	29,5	–	5,3
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	362,6	–	362,6	–	7,3
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	711,8	654,3	36,2	21,3	177,9
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	773,1	337,2	18,0	418,0	116,5
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 000,1	240,1	311,3	2 448,7	– 322,2
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	460,8	100,0	–	360,9	11,3
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	471,6	–	471,6	–	0,5
16 –	Geleistete Netto so zialbeiträge 2)	716,2	–	–	716,2	4,6
17 +	Empfangene Netto so zialbeiträge 2)	717,5	123,3	593,3	0,8	3,3
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	607,2	65,6	540,7	0,8	0,5
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	602,1	–	–	602,1	5,6
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	350,3	179,4	88,6	82,3	59,4
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	296,3	160,2	22,3	113,8	113,4
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 953,1	178,6	769,2	2 005,2	– 275,2
23 –	Konsumausgaben	2 541,0	–	685,5	1 855,4	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 50,3	–	50,3	–
25 =	Sparen	412,1	128,3	83,7	200,1	– 275,2
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	57,5	12,5	34,5	10,5	4,9
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	50,5	24,7	10,7	15,1	11,9
28 –	Bruttoinvestitionen	747,6	427,2	78,3	242,2	–
29 +	Abschreibungen	610,7	350,1	75,2	185,5	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 3,8	– 3,3	– 1,4	0,9	3,8
31 =	Finanzierungssaldo	272,0	66,8	58,2	147,0	– 272,0
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 953,1	178,6	769,2	2 005,2	– 275,2
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	442,7	–	442,7	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	442,7	–	–	442,7	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 953,1	178,6	326,5	2 447,9	– 275,2
38 –	Konsum 2)	2 541,0	–	242,8	2 298,2	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 50,3	–	50,3	–
40 =	Sparen	412,1	128,3	83,7	200,1	– 275,2

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren; Prognose des IfW.

Literatur

- Ademmer, M., J. Boysen-Hogrefe, S. Fiedler, K.-J. Gern, D. Groll, P. Hauber, N. Jannsen, S. Kooths, G. Potjagailo und U. Stolzenburg (2017). Mittelfristprojektion für Deutschland: Deutsche Wirtschaft durchläuft Hochkonjunktur. Kieler Konjunkturberichte Nr. 36 (2017|3). Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (8. Dezember 2017) <https://www.ifw-kiel.de/pub/kieler-konjunkturberichte/2017/kkb_36_2017-q3_mfp.pdf>.
- Baker, S.R., N. Bloom und S.J. Davis (2016). Measuring Economic Policy Uncertainty. *The Quarterly Journal of Economics* 131 (4): 1593–1636.
- Biggs, M., T. Mayer und A. Pick (2009). Credit and economic recovery. DNB Working Paper 218. De Nederlandsche Bank, Amsterdam.
- Boll, C., J. Boysen-Hogrefe und A. Wolf (2017). Wie viel Soziale Marktwirtschaft steckt in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2017? Eine Studie des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI) in Kooperation mit dem Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Hamburg.
- Bosen-Hogrefe, J. (2017). Zum starken Anstieg der Gewinnsteuereinnahmen im Jahr 2016. IfW-Box 2017.10. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (12. Dezember 2017) <https://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/prognosezentrum/konjunkt/ifw-box/2017/box_2017-10_gewinnsteuereinnahmen_2016>.
- Boysen-Hogrefe, J., und U. Stolzenburg (2015). Rettungsprogramme und „Ownership“ – Irland, Portugal und Griechenland im Vergleich. *Wirtschaftsdienst* 95 (8): 534–540.
- Boysen-Hogrefe, J., K.-J. Gern, D. Groll, N. Jannsen, S. Kooths, M. Plödt, B. van Roye, J. Scheide und T. Schwarzmüller (2015). Das europäische Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte – Auswertung der bisherigen Erfahrung und mögliche Reformansätze. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik 7. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- DIHK (2017). Schwung nutzen, Investitionsbremsen lösen. DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2017. Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V., Berlin.
- EIB (European Investment Bank) (2017). EIB Investment Survey, Germany Overview. Via Internet (6. Dezember 2017) <http://www.eib.org/attachments/efs/eibis_2017_germany_en.pdf>.
- Europäische Kommission (2012). Scoreboard for the surveillance of macroeconomic imbalances. Occasional Papers 92. Europäische Kommission, Brüssel.
- Europäische Kommission (2013). Refining the MIP Scoreboard. SWD 790, Europäische Kommission. Via Internet (6. Dezember 2017) <http://www.parliament.bg/pub/ECD/139721SWD_2013_790_EN_DOCUMENTDETRAVAIL_f.pdf>.
- Gern, K.-J., P. Hauber, S. Kooths und U. Stolzenburg (2017). Aufschwung der Weltwirtschaft hält an. Kieler Konjunkturberichte 37 (2017|Q4). Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (14. Dezember 2017) <https://www.ifw-kiel.de/pub/kieler-konjunkturberichte/2017/KKB_37_2017-Q4_Welt_DE.pdf>.
- Hristov, A., C. Planas, W. Röger und A. Rossi (2017). NAWRU estimation using structural labour market indicators. European Economy Discussion Papers 69. Europäische Kommission, Brüssel.
- Pissarides, C. (1990). *Equilibrium Unemployment Theory*. Basil Blackwell, Oxford und Cambridge, MA.
- Unabhängiger Beirat (2017). Achte Stellungnahme zur Einhaltung der Obergrenze für das strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit nach § 51 Absatz 2 HGrG. Via Internet (12. Dezember 2017) <http://www.stabilitaetsrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/Beirat/2017/Stellungnahme/20171211_Stellungnahme_Beirat.pdf?__blob=publicationFile>.
- Wanger, S., R. Weigand und I. Zapf (2014). Revision der IAB-Arbeitszeitrechnung 2014: Grundlagen, methodische Weiterentwicklungen sowie ausgewählte Ergebnisse im Rahmen der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. IAB-Forschungsbericht 9/2014. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.